



Staatsanzeiger

für Rheinland-Pfalz

Amtliche Bekanntmachungen

MONTAG, DEN 2. JULI 2018

STAATSANZEIGER

NR. 23 / SEITE 621

	Seite	INHALT	Seite	Seite	
Ministerium des Innern und für Sport		öffentliche Auslegung des Planentwurfs)	622	i.V.m. § 10 Abs. 2 Satzung der Landwirtschaftlichen Untersuchungs- und Forschungsanstalt Speyer	622
Bekanntmachung über die Feststellung eines Elementarereignisses	621	Öffentliche Bekanntmachung der Planungsgemeinschaft Westpfalz (3. Teilfortschreibung des regionalen Raumordnungsplans Westpfalz IV - öffentliche Auslegung des Planentwurfs)	622	Öffentliche Bekanntmachung des Verbandes Region Rhein-Neckar (34. Sitzung der Verbandsversammlung des Verbandes Region Rhein-Neckar)	623
Sonstige Veröffentlichungen		Bekanntmachung gemäß § 3 a des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) (Abstimmungsverfahren für den Ausbau der L 499, Ortsdurchfahrt Heltersberg) . . .	622	Vollzug des Landesjagdgesetzes Ausnahme vom Verbot des § 23 Abs. 1 Nr. 4 b Landesjagdgesetz bei der Erlegung von gestreiften Frischlingen . . .	623
Auflösung des Gesangvereins Liederkranz e.V.	621			Auflösung des Fördervereins für Denkmal- und Heimatpflege e.V.	623
Bekanntmachung über die Feststellung des Jahresabschlusses der Pfälzischen Pensionsanstalt zum 31. Dezember 2017 gemäß § 27 Abs. 3 EigAnVO	622	Bekanntmachung über die Vertretung des Eigenbetriebes Landwirtschaftliche Untersuchungs- und Forschungsanstalt (LUFA) Speyer gemäß § 5 EigAnVO		Öffentliche Ausschreibungen	624
Öffentliche Bekanntmachung der Planungsgemeinschaft Westpfalz (2. Teilfortschreibung des regionalen Raumordnungsplans Westpfalz IV -				Stellenausschreibungen	624
				Bekanntmachungen der Gerichte	635

Ministerium des Innern und für Sport

2738.

Bekanntmachung über die Feststellung eines Elementarereignisses

Aufgrund der Richtlinie für die Gewährung von staatlichen Finanzhilfen (Sofort- / Finanznothilfen) bei existenzgefährdenden Schäden aufgrund der Unwetterereignisse im Mai / Juni 2018 in Rheinland-Pfalz in Verbindung mit der VV Elementarschäden vom 19. Dezember 2017 stellt das Ministerium des Innern und für Sport im Einvernehmen mit den Fachressorts und Frau Ministerpräsidentin Malu Dreyer fest:

Die Landkreise Birkenfeld (VG Herrstein) und Bitburg-Prüm (VG Arzfeld und VG Bitburg-Land) wurden im Zeitraum vom 27. Mai bis 11. Juni 2018 von schweren überörtlich stattgefundenen Unwetterereignissen betroffen. In diesen Landkreisen liegt ein Elementarereignis (Naturkatastrophe bzw. widriges Witterungsverhältnis) vor.

Weitere Bereiche werden unter Fortschreibung der Lagebilder auf den Internetseiten des Landes (www.add.rlp.de und www.bks-portal.rlp.de) veröffentlicht.

Anträge auf Gewährung von Finanzhilfen sind innerhalb einer Frist von einem Monat (Ausschlussfrist) nach der Bekanntgabe die-

ser Feststellung im Staatsanzeiger Rheinland-Pfalz unter Verwendung der entsprechenden Vordrucke bei folgenden Stellen einzureichen:

a) Privatpersonen und deren Haushalte

Mein Rundschreiben vom 20. Juni 2018 mit den spezifischen Regelungen zur Schadensregulierung der Unwetterereignisse im Zeitraum vom 27. Mai bis 11. Juni 2018 sowie die notwendigen Antragsunterlagen und ergänzende Hinweise können auf den Internetseiten des Landes unter www.add.rlp.de oder www.bks-portal.rlp.de abgerufen werden.

b) Unternehmen der Land- und Forstwirtschaft:

ba) Bereich Landwirtschaft

Vorrangig werden die Standardförderprogramme eingesetzt, die unter www.eler-eulle.rlp.de (Bereich Landwirtschaft) abrufbar sind. Im Übrigen gilt Buchstabe a). Für die Antragstellung gelten die für die jeweiligen (Teil-)Maßnahmen vorgegebenen Fristen und Verfahren.

bb) Bereich Forstwirtschaft

Vorrangig werden im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel die Standardförderprogramme eingesetzt, unter <http://www.wald-rlp.de/de/nutzen/foerderung-der-forstwirtschaft> abrufbar sind. Im Übrigen gilt Buchstabe a).

Bzgl. der Antragstellung und -fristen gelten die Vorgaben dieser Programme.

c) Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft

Vorrangig werden die Standardförderprogramme eingesetzt, die unter <https://isb.rlp.de/unternehmen.html> abrufbar sind. Im Übrigen gilt Buchstabe a).

Mainz, den 26. Juni 2018

Der Minister
des Innern und für Sport
Roger Lewentz

Sonstige Veröffentlichungen

2739.

Auflösung des Gesangvereins Liederkrantz e.V.

Der Gesangverein Liederkrantz e. V. in Annweiler-Bindersbach wurde zum 6. Juni 2018 aufgelöst. Eventuelle Gläubiger können sich melden, bei den beiden Liquidatoren: Ludwig Ebert, Rehbergstraße 50, 76855 Annweiler, oder Margareta Merkel, Münzstraße 35, 76855 Annweiler.

Annweiler, den 20. Juni 2018

Die Liquidatoren

2740.

**Bekanntmachung über die Feststellung
des Jahresabschlusses der Pfälzischen
Pensionsanstalt zum 31. Dezember 2017
gemäß § 27 Abs. 3 EigAnVO**

Der Verwaltungsrat der Pfälzischen Pensionsanstalt Bad Dürkheim hat in seiner Sitzung vom 30. Mai 2018 den Jahresabschluss und Lagebericht 2017 für die Pfälzische Pensionsanstalt Bad Dürkheim festgestellt.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 wurde von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO, Köln, geprüft und bestätigt. Der Bestätigungsvermerk wurde uneingeschränkt erteilt.

Bad Dürkheim, den 19. Juni 2018

Pfälzische Pensionsanstalt Bad Dürkheim
Jürgen S c h m i t t
Direktor

2741.

**Öffentliche Bekanntmachung
der Planungsgemeinschaft Westpfalz
(2. Teilfortschreibung des regionalen
Raumordnungsplans Westpfalz IV -
öffentliche Auslegung des Planentwurfs)**

Die Regionalvertretung der Planungsgemeinschaft Westpfalz hat am 15. November 2017 die erneute Beteiligung der Öffentlichkeit zum Entwurf des regionalen Raumordnungsplans Westpfalz IV (2. Teilfortschreibung) beschlossen.

Gemäß § 6 Abs. 4 des Landesplanungsgesetzes (LPlG) wird der Planentwurf vom 16. Juli bis einschließlich 27. August 2018 bei folgenden Stellen öffentlich ausgelegt und kann dort während der genannten Zeiten des Publikumsverkehrs eingesehen werden:

Geschäftsstelle der Planungsgemeinschaft Westpfalz, Bahnhofstraße 1, 67655 Kaiserslautern, Raum 3.38 (Sekretariat)
Mo. - Do. 9.00 - 12.00 Uhr und 14.00 - 15.30 Uhr, Fr. 9.00 - 12.00 Uhr.

Kreisverwaltung Donnersbergkreis (Untere Landesplanungsbehörde), Uhlstraße 2, 67292 Kirchheimbolanden, Raum 219
Mo. - Do. 8.00 - 12.30 Uhr, Fr. 8.00 - 12.00 Uhr, Mo. - Mi. 14.00 - 16.00 Uhr, Do. 14.00 - 18.00 Uhr

Kreisverwaltung Kaiserslautern (Untere Landesplanungsbehörde), Burgstraße 11, 67657 Kaiserslautern, 2. OG
Mo. - Fr. 8.00 - 12.00 Uhr, Mo. u. Di. 13.30 - 16.00 Uhr, Do. 13.30 - 18.00 Uhr

Kreisverwaltung Kusel (Untere Landesplanungsbehörde), Trierer Straße 49, 66869 Kusel, Raum 346, 3. Stock
Mo. - Fr. 8.30 - 12.00 Uhr, Mo. - Mi. 14.00 - 16.00 Uhr, Do. 14.00 - 18.00 Uhr

Kreisverwaltung Südwestpfalz (Untere Landesplanungsbehörde), Unterer Sommerwaldweg 40-42, 66953 Pirmasens, Raum 220
Mo. - Fr. 8.00 - 12.00 Uhr, Mo. u. Di. 14.00 - 16.00 Uhr, Do. 14.00 - 17.00 Uhr

Stadtverwaltung Kaiserslautern (Amt für Stadtentwicklung und Statistik), Willy-Brandt-Platz 1, 67657 Kaiserslautern, Herr Degen, Tel. 0631 365-1121 Raum 1501
Mo. - Do. 8.00 - 12.30, Fr. 8.00 - 13.00, Mo. - Do. 13.30 - 16.00 Uhr

Stadtverwaltung Pirmasens (Amt für Stadtentwicklung und Statistik), Bauamt, Schützenstraße 16, 66953 Pirmasens, Foyer Bauamt
Mo. - Fr. 8.00 - 12.00 Uhr, Do. 14.00 - 18.00 Uhr

Stadtverwaltung Zweibrücken, Stadtbauamt, Herzogstraße 3, 66482 Zweibrücken, vor Zimmer 152
Mo. - Fr. 8.00 - 12.00 Uhr, Mo. - Do. 14.00 - 16.00 Uhr

Der Planentwurf wird auch im Internet unter <http://www.westpfalz.de> digital zur Einsichtnahme bereitgestellt.

Anregungen und Hinweise können bis zu zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist (also bis zum 10. September 2018) schriftlich oder elektronisch gegenüber der Planungsgemeinschaft Westpfalz, Bahnhofstraße 1, 67655 Kaiserslautern, E-Mail: info@westpfalz.de oder gegenüber den auslegenden Stellen zur entsprechenden Weiterleitung vorgebracht werden. Später vorgebrachte Einwendungen können nicht mehr berücksichtigt werden. Rechtsansprüche werden durch die Beteiligung der Öffentlichkeit nicht begründet.

Kaiserslautern, den 6. Juni 2018

Planungsgemeinschaft Westpfalz
Der Vorsitzende
Oberbürgermeister
Dr. Klaus W e i c h e l

2742.

**Öffentliche Bekanntmachung der
Planungsgemeinschaft Westpfalz
(3. Teilfortschreibung des regionalen
Raumordnungsplans Westpfalz IV -
öffentliche Auslegung des Planentwurfs)**

Die Regionalvertretung der Planungsgemeinschaft Westpfalz hat durch Beschluss vom 6. Juni 2018 den Entwurf des regionalen Raumordnungsplans Westpfalz IV (3. Teilfortschreibung) für das Anhörungsverfahren und die Beteiligung der Öffentlichkeit freigegeben.

Gemäß § 6 Abs. 4 des Landesplanungsgesetzes (LPlG) wird der Planentwurf vom 16. Juli bis einschließlich 27. August 2018 bei folgenden Stellen öffentlich ausgelegt und kann dort während der genannten Zeiten des Publikumsverkehrs eingesehen werden:

Geschäftsstelle der Planungsgemeinschaft Westpfalz, Bahnhofstraße 1, 67655 Kaiserslautern, Raum 3.38 (Sekretariat)
Mo. - Do. 9.00 - 12.00 Uhr und 14.00 - 15.30 Uhr, Fr. 9.00 - 12.00 Uhr.

Kreisverwaltung Donnersbergkreis (Untere Landesplanungsbehörde), Uhlstraße 2, 67292 Kirchheimbolanden, Raum 219
Mo. - Do. 8.00 - 12.30 Uhr, Fr. 8.00 - 12.00 Uhr, Mo. - Mi. 14.00 - 16.00 Uhr, Do. 14.00 - 18.00 Uhr

Kreisverwaltung Kaiserslautern (Untere Landesplanungsbehörde), Burgstraße 11, 67657 Kaiserslautern, 2. OG
Mo. - Fr. 8.00 - 12.00 Uhr, Mo. u. Di. 13.30 - 16.00 Uhr, Do. 13.30 - 18.00 Uhr

Kreisverwaltung Kusel (Untere Landesplanungsbehörde), Trierer Straße 49, 66869 Kusel, Raum 346, 3. Stock
Mo. - Fr. 8.30 - 12.00 Uhr, Mo. - Mi. 14.00 - 16.00 Uhr, Do. 14.00 - 18.00 Uhr

Kreisverwaltung Südwestpfalz (Untere Landesplanungsbehörde), Unterer Sommerwaldweg 40-42, 66953 Pirmasens, Raum 220
Mo. - Fr. 8.00 - 12.00 Uhr, Mo. u. Di. 14.00 - 16.00 Uhr, Do. 14.00 - 17.00 Uhr

Stadtverwaltung Kaiserslautern (Amt für Stadtentwicklung und Statistik), Willy-Brandt-Platz 1, 67657 Kaiserslautern, Herr Degen, Tel. 0631 365-1121, Raum 1501
Mo. - Do. 8.00 - 12.30, Fr. 8.00 - 13.00, Mo. - Do. 13.30 - 16.00 Uhr

Stadtverwaltung Pirmasens (Amt für Stadtentwicklung und Statistik), Bauamt, Schützenstraße 16, 66953 Pirmasens, Foyer Bauamt
Mo. - Fr. 8.00 - 12.00 Uhr, Do. 14.00 - 18.00 Uhr

Stadtverwaltung Zweibrücken, Stadtbauamt, Herzogstraße 3, 66482 Zweibrücken, vor Zimmer 152
Mo. - Fr. 8.00 - 12.00 Uhr, Mo. - Do. 14.00 - 16.00 Uhr

Der Planentwurf wird auch im Internet unter <http://www.westpfalz.de> digital zur Einsichtnahme bereitgestellt.

Anregungen und Hinweise können bis zu zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist (also bis zum 10. September 2018) schriftlich oder elektronisch gegenüber der Planungsgemeinschaft Westpfalz, Bahnhofstraße 1, 67655 Kaiserslautern, E-Mail: info@westpfalz.de oder gegenüber den auslegenden Stellen zur entsprechenden Weiterleitung vorgebracht werden. Später vorgebrachte Einwendungen können nicht mehr berücksichtigt werden. Rechtsansprüche werden durch die Beteiligung der Öffentlichkeit nicht begründet.

Kaiserslautern, den 6. Juni 2018

Planungsgemeinschaft Westpfalz
Der Vorsitzende
Oberbürgermeister
Dr. Klaus W e i c h e l

2743.

**Bekanntmachung gemäß § 3 a
des Gesetzes über die
Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)
(Abstimmungsverfahren für den Ausbau
der L 499, Ortsdurchfahrt Heltersberg)**

Der Landesbetrieb Mobilität Kaiserslautern beabsichtigt, ein Abstimmungsverfahren für den Ausbau der L 499, Ortsdurchfahrt Heltersberg durchzuführen.

Die Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 3 c UVPG hat ergeben, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem UVPG für das o. a. Vorhaben nicht erforderlich ist, da von dem Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Feststellung gemäß § 3 a Satz 3 UVPG nicht selbstständig anfechtbar ist.

Kaiserslautern, den 21. Juli 2018

Landesbetrieb Mobilität
Kaiserslautern
Richard L u t z
Dienststellenleiter

2744.

**Bekanntmachung über die Vertretung
des Eigenbetriebes Landwirtschaftliche
Untersuchungs- und Forschungsanstalt
(LUF) Speyer gemäß § 5 EigAnVO
i.V.m. § 10 Abs. 2 Satzung der
Landwirtschaftlichen Untersuchungs-
und Forschungsanstalt Speyer**

Die LUF Speyer wird gemeinschaftlich vertreten von:

1. Prof. Dr. Franz Wiesler
Wissenschaftlicher Direktor
und

2. Jan Jungkind
Kaufmännischer Direktor

Als Vertreter sind bestellt:

1. Dr. Dieter Mertens
für den wissenschaftlichen Bereich

und

2. Bernd Hebestreit
für den kaufmännischen Bereich

Kaiserslautern, den 21. Juni 2018

Bezirksverband Pfalz
Theo W i e d e r
Bezirkstagsvorsitzender

2745.

Öffentliche Bekanntmachung des Verbandes Region Rhein-Neckar

(34. Sitzung der Verbandsversammlung
des Verbandes Region Rhein-Neckar)

Die 34. Sitzung der Verbandsversammlung
des Verbandes Region Rhein-Neckar findet
statt am Freitag, dem 6. Juli 2018, 14.00 Uhr;
in Mannheim, Congress Center Rosengarten,
Johann Wenzel Stamitz-Saal, Rosengarten-
platz 2, 68161 Mannheim.

Es ist folgende **Tagesordnung** vorgesehen:

1. Eröffnung und Begrüßung
 2. Vortrag von Michael Heinz, Vorstandsvorsitzender des Zukunft Metropolregion Rhein-Neckar e.V. (ZMRN e.V.)
 3. Besetzung der Verbandsversammlung
 - a) Nachrücken Oberbürgermeisterin Jutta Steinruck
 - b) Nachrücken Oberbürgermeister Marc Weigel
 4. Wahl des / der ersten Stellvertreters / Stellvertreterin des Verbandsvorsitzenden
 5. Wahl des / der Verbandsdirektors / Verbandsdirektorin
 6. Zusammenarbeit im Rhein-Alpen-Korridor
Ein Zwischenbericht zu Entstehung und Arbeit des EVTZ
 7. Feststellung der Jahresrechnung 2017 des Verbandes Region Rhein-Neckar
hier: Beschlussfassung
 8. Eröffnungsbilanz des Verbandes Region Rhein-Neckar zum 1. Januar 2018 in SAP-SMART
hier: Beschlussfassung
 9. Allgemeiner Zuschuss 2018 an die Metropolregion Rhein-Neckar GmbH
hier: Beschlussfassung
 10. Verschiedenes / Mitteilungen
- Mannheim, den 2. Juli 2018

Verband Region
Rhein-Neckar
Stefan D a l l i n g e r
Verbandsvorsitzender

2746.

Vollzug des Landesjagdgesetzes

Ausnahme vom Verbot des § 23 Abs. 1 Nr. 4 b Landesjagdgesetz bei der Erlegung von gestreiften Frischlingen

Die Zentralstelle der Forstverwaltung, Le Quartier Hornbach 9, 67433 Neustadt, erlässt als zuständige obere Jagdbehörde gemäß § 23 Abs. 3 LJG folgende Allgemeinverfügung:

I.

Zur Erlegung von gestreiften Frischlingen wird gemäß § 23 Abs. 3 Landesjagdgesetz (LJG) eine Ausnahme vom Verbot der Verwendung von Büchsenpatronen unter einem Kaliber von 6,5 mm und unter einer Auftreffenergie auf 100 Meter (E 100) von mindestens 2000 Joule nach § 23 Abs. 1 Nr. 4 b LJG für alle Jagdbezirke in Rheinland-Pfalz zugelassen, soweit Büchsenpatronen mit ei-

nem Kaliber von mindestens .22 Hornet (E 100 mindestens 400 Joule) verwendet werden.

II.

Nebenbestimmungen

1. Die Ausnahme vom Verbot des § 23 Abs. 1 Nr. 4 b LJG gilt bis auf Widerruf.
2. Die maximale Schussdistanz wird bei Kaliber .22 Hornet auf 100 Meter festgelegt.
3. Es darf nur Jagdmunition verwendet werden.

III.

Bekanntgabe

Diese Allgemeinverfügung gilt gemäß § 1 Abs. 1 Landesverwaltungsverfahrensgesetz in Verbindung mit § 41 Abs. 4 Satz 4 Verwaltungsverfahrensgesetz am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung als bekannt gegeben. Sie wird mit diesem Zeitpunkt wirksam.

IV.

Begründung

In weiten Teilen von Rheinland-Pfalz wird von einer zum Teil extrem hohen Schwarzwildpopulation einhergehend mit hohen Schwarzwildschäden in der Landwirtschaft berichtet. Das Auftreten von Klassischer Schweinepest (KSP) oder Afrikanischer Schweinepest (ASP) hätte verheerende wirtschaftliche Folgen für alle Schweinehalter und die angegliederten Wirtschaftszweige.

Die KSP war seit Beginn des Jahres 1999 bei Wildschweinen in Teilen Deutschlands weit verbreitet, auch in Rheinland-Pfalz. Mit Hilfe der Impfung der Wildschweine und gezielter jagdlicher und tierseuchenrechtlicher Maßnahmen aller Beteiligten konnte die KSP erfolgreich bekämpft werden. Deutschland gilt seit 2012 wieder als KSP-frei.

Ein erneuter Eintrag der KSP in die rheinland-pfälzische Wildschweinpopulation wäre daher eine erhebliche Bedrohung für die Hausschweinbestände und würde darüber hinaus zu Handelssperren von Schweinen und Schweinefleischprodukten mit finanziellen Einbußen für die Landwirtschaft führen.

Bei der Bekämpfung der KSP ist die frühzeitige Erlegung von Frischlingen von großer Bedeutung, da gerade Tiere dieser Altersklasse die Hauptträger und -überträger des KSP-Virus darstellen.

Das Vorkommen der ASP in den osteuropäischen Ländern bei Wild- und Hausschweinen bedeutet zudem eine ständige Gefahrelage des Auftretens hier in Rheinland-Pfalz. Die Chancen bei einer Bekämpfung der ASP bei Wildschweinen stehen umso schlechter, je höher die Wildschweinbestände sind, da für diese Seuche keine Impfstoffe existieren. Auch kann sich die ASP in einem hohen Bestand, durch zahlreiche direkte und indirekte Kontakte, schneller ausbreiten, als in einer kleinen Population.

Seit dem ersten Auftreten der ASP in Georgien (2007) hat sich die Seuche sprunghaft in Richtung Westen und Norden nach Estland, Lettland, Litauen und Polen ausgebreitet. Im Juli 2017 wurden die ersten Fälle in Tschechien und ein Fall bei Hausschweinen in Rumänien gemeldet. Seit April 2018 ist die ASP auch in Ungarn amtlich nachgewiesen.

Als Ursache für die sprunghafte Verbreitung wird meist eine anthropogene Verschleppung der Infektion vermutet. Insofern ist zwar das Einschleppungsrisiko der ASP von der Größe der Schwarzwildpopulation und der Wildschweindichte in Rheinland-Pfalz unabhängig. Dennoch gilt: Je weniger Wild-

schweine in einer Region leben, desto kleiner ist die Zahl der Tiere, die erkranken können und desto besser sind die Bekämpfungsaussichten beim Ausbruch einer Tierseuche.

Die Altersklasse der Frischlinge stellt zahlenmäßig den größten Anteil einer Schwarzwildpopulation dar. Ein starker jagdlicher Eingriff in diese Altersklasse ist daher für eine deutliche Verringerung des Gesamtbestandes zwingend erforderlich. Die eingeräumte Ausnahmemöglichkeit, gestreifte Frischlinge mit schwächeren Kalibern als 6,5 mm und unter einer Auftreffenergie auf 100 Meter (E 100) von mindestens 2000 Joule erlegen zu können, soll zur Optimierung der Schwarzwildbejagung beitragen. Zudem kann durch die Verwendung eines geringeren Kalibers einer übermäßigen Wildpretentwertung und einer damit einhergehenden schlechteren Vermarktbarkeit entgegengewirkt werden.

Nach Anfrage bei der Deutschen Versuchsschuss- und Prüf-Anstalt für Jagd- und Sportwaffen e.V. (DEVA) hat diese die Verwendbarkeit von Büchsen geschossen ab Kaliber .22 Hornet zur Bejagung gestreifter Frischlinge bestätigt. Als Gründe für diese Entscheidung wurden Erfahrungen und Untersuchungen bei der Tötung von Gatterwild herangezogen.

Es ist daher für das Allgemeinwohl geboten, alle jagdrechtlichen Möglichkeiten auszunutzen (vgl. hierzu auch: Aktuelles Handlungsprogramm zur Reduzierung überhöhter Schwarzwildbestände und zur Absenkung des Risikos einer Ausbreitung von Tierseuchen), um einem möglichen Eintrag der ASP und einem erneuten Eintrag der KSP in die Wildschweinpopulation entgegenzuwirken, da die Dichte der Wildtierpopulation als maßgeblicher Risikofaktor bei der Verbreitung von Seuchen gilt. Die Interessen des Einzelnen haben hinter den Interessen der Allgemeinheit zurückzustehen. Die Maßnahme ist folglich angemessen und erforderlich.

Nach § 41 Abs. 3 Satz 2 Verwaltungsverfahrensgesetz darf eine Allgemeinverfügung auch dann öffentlich bekannt gegeben werden, wenn eine Bekanntgabe an die Beteiligten nicht zielführend ist.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist bei der Zentralstelle der Forstverwaltung, Le Quartier Hornbach 9, 67433 Neustadt schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen.

Bei schriftlicher Einlegung des Widerspruchs ist die Widerspruchsfrist nur gewahrt, wenn der Widerspruch noch vor dem Ablauf dieser Frist bei der Behörde eingegangen ist.

Neustadt, den 20. Juni 2018

Zentralstelle der
Forstverwaltung
Im Auftrag
T. B u b l i t z

2747.

Auflösung des Fördervereins für Denkmal- und Heimatpflege e.V.

Der Förderverein für Denkmal- und Heimatpflege e.V., Sitz Zweibrücken-Stadtteil Wattweiler, ist aufgelöst. Seine Gläubiger werden aufgefordert, ihre Ansprüche bei den Liquidatoren: Walter Schneider, Marktsteige 9, 66482 Zweibrücken, und Aribert Miesel, In den Pfaffenäckern 1, 66482 Zweibrücken, anzumelden.

Zweibrücken, den 11. Juni 2018

Die Liquidatoren

Öffentliche Ausschreibungen

2748.

Hinweis auf eine öffentliche Ausschreibung nach § 3 (1) VOB/A

Die Pfalzlinikum Service GmbH - Bau- und Flächenmanagement - schreibt für das Pfalz-klinikum für Psychiatrie und Neurologie AdöR die Aufstockung E4 Gebäude 64 des Pfalz-klinikums am Standort Kaiserslautern mit folgenden Losen:

- VWR23_300-07 - Trockenbauarbeiten (Gipskartonwände + abgehängte Decken)
- VWR23_300-08 - Innenputzarbeiten
- VWR23_300-09 - Brand- und Rauchschutztüren
- VWR23_300-10 - Estrichbauarbeiten
- VWR23_300-11 - Fliesenarbeiten
- VWR23_300-12 - Bodenbelagsarbeiten

öffentlich aus. Den vollständigen Bekanntmachungstext sowie den Link zum Download der Vergabeunterlagen finden Sie im Internet unter der Adresse

<http://www.pfalzlinikum.de/ueber-uns/ausschreibungen/>

oder unter

<http://www.vergabeberatungsstelle.de/aktuelle-ausschreibungen>

Klingenmünster, den 19. Juni 2018

Bau- und Flächenmanagement

Stellenausschreibungen

2749.

In der VERWALTUNG DES LANDTAGS RHEINLAND-PFALZ ist in der Zentralabteilung die Stelle

der Leiterin / des Leiters des Referates Informationstechnik (IT)

in Vollzeit zu besetzen.

Es ist vorgesehen, nach einer Einarbeitungsphase die Leitung der IT mit dem Pensionseintritt des bisherigen Stelleninhabers zum 1. Oktober 2018 zu übertragen. Die Aufnahme der Tätigkeit beim Landtag Rheinland-Pfalz soll zum nächstmöglichen Zeitpunkt erfolgen.

Zu den Aufgaben des Referates gehören neben den grundlegenden Aufgaben der Informationstechnik auch die zentralen Aufgaben der Netzwerk- und Servertechnik für den Bereich der Landtagsverwaltung, der Abgeordneten und der im Landtag vertretenen Fraktionen sowie die Betreuung der IT-Anwendungen im Büro der Bürgerbeauftragten und Beauftragten für die Landespolizei. Hierzu zählen unter anderem die Planung, Einführung, Betreuung und Weiterentwicklung neuer Kommunikationstechniken und mobiler Endgeräte, die Planung, Einführung, Betreuung und Weiterentwicklung sämtlicher IT-Projekte des Landtags. Hier sind die Weiterentwicklung der Liveübertragungen aus Plenar- und Ausschusssitzungen in das Internet sowie die Bereitstellung und Weiterverarbeitung der Aufzeichnungen und Videoschnitte hervorzuheben. Eine zentrale Aufgabe in der Projektrealisierung ist die

Weiterentwicklung der Private Cloud des Landtags nach den Anforderungen der Abgeordneten und Fraktionen des Landtags sowie der Landtagsverwaltung.

Die Aufgaben der Stelleninhaberin / des Stelleninhabers umfassen insbesondere

- die IT-Rahmenplanung,
- die Behandlung von Grundsatzfragen der Informationstechnik,
- die Behandlung von Grundsatzfragen im Hardwarebereich,
- die Projektplanung, -realisierung, -überwachung, -einführung, -betreuung und -dokumentation,
- die Auswahl, Ausschreibung und Beschaffung von IT-Ausstattung,
- die Planung und Überwachung des IT-Haushalts,
- das Personalwesen,
- das Berichtswesen,
- die Prozessverantwortung zur Implementierung und Weiterentwicklung der IT-Prozesse.

Darüber hinaus sind Stellvertretungen für das IT-Servicemanagement, das IT-Providermanagement sowie das IT-Projektmanagement und in den Aufgaben der Systemarchitektur wahrzunehmen.

Wir erwarten:

- ein abgeschlossenes Hochschulstudium, vorzugsweise in der Fachrichtung Informatik, oder eine dem Studium vergleichbare berufliche Qualifikation,
- mehrjährige Berufserfahrung im Bereich der Informationstechnik, vorzugsweise Kenntnisse in der IT-Struktur der Landesverwaltung,
- umfassende Kenntnisse im IT-Servicemanagement,
- umfangreiche Kenntnisse und Erfahrungen in Projektarbeit,
- überdurchschnittliche Eigeninitiative, Selbstständigkeit und Sorgfältigkeit,
- die Bereitschaft, sich neue Themenfelder und Herausforderungen auf Basis selbstständiger und strukturierter Arbeit zu erschließen,
- ein gewandtes und sicheres Auftreten,
- Teamfähigkeit, Zuverlässigkeit und Flexibilität,
- Einsatzbereitschaft auch über die üblichen Dienstzeiten hinaus sowie
- die Fähigkeit, auch bei großem Arbeitsanfall die vielfältigen Aufgaben rasch, effizient und zugleich sorgfältig zu erledigen.

Bewerben können sich Beamtinnen und Beamte mit der Befähigung für das vierte Einstiegsamt (ehemaliger höherer Dienst) ab der Besoldungsgruppe A 14 Landesbesoldungsordnung oder Beschäftigte aus dem öffentlichen Dienst ab der Entgeltgruppe E 14 oder Beschäftigte aus der Privatwirtschaft in vergleichbaren Eingruppierungen. Die Verwaltung des Landtags bietet Aufstiegsmöglichkeiten bis nach Besoldungsgruppe A 16 LBesO. Die Eingruppierung im Beschäftigungsverhältnis richtet sich nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L).

Die Verwaltung des Landtags Rheinland-Pfalz fördert aktiv die Gleichbehandlung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir wünschen uns ausdrücklich Bewerbungen aller Altersgruppen, unabhängig von Geschlecht, einer

Behinderung, dem ethnischen Hintergrund, der Religion, Weltanschauung oder sexuellen Identität.

Die Verwaltung des Landtags Rheinland-Pfalz fördert die Gleichstellung von Frauen und Männern. Bewerbungen von Frauen sind daher besonders erwünscht. Die Verwaltung des Landtags unterstützt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch familienfreundliche Rahmenbedingungen und Maßnahmen. Schwerbehinderte Menschen werden bei sonst gleicher fachlicher und persönlicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Die ausgeschriebene Stelle erlaubt grundsätzlich eine Reduzierung der Regelarbeitszeit in geringem Umfang. Gehen entsprechende Bewerbungen ein, wird geprüft werden, ob den Teilzeitwünschen im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten (insbesondere Anforderung der Stelle, gewünschte Gestaltung der Teilzeit) entsprochen werden kann.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte schriftlich mit den üblichen Bewerbungsunterlagen **bis spätestens 23. Juli 2018** an:

**Verwaltung des Landtags Rheinland-Pfalz
Z 1 Personalverwaltung
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz**

oder an folgende E-Mail-Adresse:

Bewerbung@landtag.rlp.de

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Bewerbungsunterlagen nach Abschluss des Verfahrens nicht zurückgeschickt, sondern datenschutzgerecht vernichtet werden. Wir bitten daher, lediglich Kopien der Bewerbungsunterlagen einzureichen.

2750.

Die FDP-LANDTAGSFRAKTION RHEINLAND-PFALZ sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt

eine (n) Referentin / Referenten als parlamentarische (n) Berater (in)

für die Bereiche Haushalt und Finanzen sowie Umwelt und Landwirtschaft in Vollzeit.

Ihre Aufgaben:

- Inhaltliche Erarbeitung der Fachthemen und deren politische Bewertung,
- Vorbereitung und Begleitung von parlamentarischen Initiativen
- Vorbereitung und Teilnahme an Sitzungen der zugeordneten Ausschüsse und Plenardebatten,
- Fachliche Vorbereitung von Reden
- Fachliche Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit.

Ihre Voraussetzungen:

- Abgeschlossenes Studium der Betriebswirtschaft, der Politikwissenschaften oder

gleichwertige Qualifikationen in den genannten Themenfeldern

- ein hohes Maß an Motivation, Loyalität und Zuverlässigkeit,
- analytische Fähigkeiten und Fähigkeit zu konzeptioneller Arbeit,
- Einsatzbereitschaft, teamorientierter interdisziplinärer Arbeitsstil, gute Umgangsformen, gute schriftliche und rhetorische Fähigkeiten,
- Bereitschaft zu flexibler Arbeitszeit, Dienstreisetätigkeit sowie Fähigkeit zu Arbeit unter Zeitdruck,
- Beherrschung moderner Informations- und Kommunikationsmittel,
- Identifikation mit liberaler Politik.

Idealerweise verfügen Sie über Berufserfahrung im politischen oder parlamentarischen Bereich sowie Fachkenntnisse in den genannten Arbeitsbereichen.

Wir bieten

- ein anspruchsvolles, interessantes und vielseitiges Aufgabengebiet in einem qualifizierten Team und in angenehmer, offener Atmosphäre,
- Bezahlung in Anlehnung an TV-L Rheinland-Pfalz,
- eine Vollzeitstelle befristet bis zum Ende der Wahlperiode, spätestens am 31. Dezember 2021

Die Fraktion fördert die berufliche Gleichstellung von Frauen und Männern. Aus diesem Grunde sind Bewerbungen von Frauen ausdrücklich erwünscht. Schwerbehinderte Menschen werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte mit den üblichen Unterlagen (gern auch per E-Mail) **bis zum 31. Juli 2018** an:

FDP Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz
Dr. Birgit Reinemund
Fraktionsgeschäftsführerin
Kaiser-Friedrich-Straße 3
55116 Mainz
Birgit.reinemund@fdp.landtag.rlp.de

2751.

Bei dem POLIZEIPRÄSIDIUM RHEINPFALZ ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die

Leitung der Zentralen Kriminalinspektion

in Ludwigshafen neu zu besetzen. Die Stelle ist der Besoldungsgruppe A 14 Landesbesoldungsgesetz (LBesG) mit Aufstiegsmöglichkeit nach Besoldungsgruppe A 15 LBesG zugeordnet.

Den Aufgabenbereich prägen folgende Tätigkeiten:

Führung der Zentralen Kriminalinspektion, Dienst- und Fachaufsicht über die nachgeordneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Beurteilung der Sicherheits- und Kriminalitätslage im Dienstbezirk, die Planung und Umsetzung von kommissariatsübergreifenden Konzepten zur Kriminalitätsbekämpfung, die Entscheidung über besondere kriminaltaktische Maßnahmen, die Führung kommissariatsübergreifender Einsätze sowie die Zusammenarbeit mit anderen Behörden, Institutionen und den Medien.

Bewerben können sich rheinland-pfälzische Polizeibeamtinnen und -beamte des 4. Einstiegsamtes mit Masterabschluss an der Deutschen Hochschule der Polizei oder vergleichbarer Ausbildung ab der Besoldungsgruppe A 14 LBesG. Eine Verwendung in unterschiedlichen Führungsfunktionen im Bereich der Kriminalpolizei wird vorausgesetzt.

Von der Bewerberin / dem Bewerber werden darüber hinaus erwartet:

Fachkompetenz, Auffassungsgabe, Denk- und Urteilsvermögen, schriftliches und mündliches Ausdrucksvermögen, Einfallsreichtum, Initiative, Selbstständigkeit, Entschlusskraft, Verantwortungsbewusstsein und -bereitschaft, Belastbarkeit, Organisationsfähigkeit und Flexibilität, Kooperation und Teamarbeit, Verhandlungsgeschick, eine überdurchschnittlich ausgeprägte kriminalpolizeiliche und -taktische Befähigung sowie die Fähigkeit zur leitbildorientierten Mitarbeiterführung.

Die zu besetzende Funktion ist grundsätzlich auch für Teilzeitkräfte geeignet. Bei Teilzeitwünschen wird geprüft, ob diesen im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten entsprochen werden kann.

Im Rahmen der Vorschriften des Landesgleichstellungsgesetzes strebt das Ministerium des Innern und für Sport für die nachgeordneten Polizeibehörden eine weitere Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen in seinem Geschäftsbereich an und ist daher an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert.

Im Bereich der rheinland-pfälzischen Polizei wird die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch familienfreundliche Maßnahmen unterstützt.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Bewerbungen werden **innerhalb von zwei Wochen nach Veröffentlichung** dieser Stellenausschreibung erbeten an das

**Ministerium des Innern,
für Sport und Infrastruktur**
- Referat 342 -
Schillerplatz 3 - 5
55116 Mainz

oder in elektronischer Form an

Referat342@mdi.polizei.rlp.de

Mit der Bewerbung ist gleichzeitig das schriftliche Einverständnis zur Einsichtnahme in die Personalakte zu erteilen.

2752.

In der Abteilung 7 - „Landesplanung“ - des MINISTERIUMS DES INNERN UND FÜR SPORT (MdI) ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle

einer Referentin / eines Referenten im Referat 373

- „Freiraumsicherung, Kulturlandschaften“ -

zu besetzen.

Das Aufgabengebiet umfasst insbesondere:

- Erstellen und Bewerten von umwelt- und freiraumspezifischen Beiträgen im Zusammenhang mit Plänen der Raumordnung (Landesentwicklungsprogramm, Regionale Raumordnungspläne, Pläne und Vorhaben mit Raumbezug anderer relevanter Fachbereiche, wie Natur- und Landschaftsschutz, Klimaschutz und -wandel, Abfall, Wasserwirtschaft/Hochwasserschutz, Land- und Forstwirtschaft, Rohstoffsicherung sowie Tourismus und ländliche Entwicklung,
- Betreuung der Kulturlandschaftsentwicklung und der Regionalparke,
- Begleitung eines Rohstoffsicherungskonzepts und dessen Umsetzung sowie
- Unterstützung der Gremienarbeit und der Abstimmungsprozesse mit anderen Ländern sowie Ministerien und Behörden in Rheinland-Pfalz.

Erwartet werden eine gute Auffassungsgabe, Eigeninitiative, die Fähigkeit zu strategischem Denken und konzeptionellem Arbeiten, Einsatzbereitschaft, Teamfähigkeit, Verhandlungsgeschick sowie ein sehr gutes schriftliches und mündliches Ausdrucksvermögen.

Die Bereitschaft zur Dienstverrichtung auch außerhalb der üblichen Arbeitszeiten sollte vorhanden sein.

Fundierte Fach- und Rechtskenntnisse der Raumordnung sowie des Umwelt- und Naturschutzes und dazugehöriger Planungen sind erforderlich.

Bewerben können sich Beamtinnen und Beamte des vierten Einstiegsamtes der Fachrichtungen Verwaltung und Finanzen sowie Naturwissenschaft und Technik mit abgeschlossenem Hochschulstudium der Raumplanung, Landespflege, Geografie oder einer entsprechenden Studienrichtung sowie vergleichbare Beschäftigte.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Im Rahmen der Regelungen des Landesgleichstellungsgesetzes strebt das MdI eine weitere Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen an und ist daher an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert.

Das Ministerium unterstützt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch die Selbstverpflichtung „DIE LANDESREGIERUNG - EIN FAMILIENFREUNDLICHER ARBEITGEBER“. Die ausgeschriebene Stelle ist grundsätzlich auch für Teilzeitkräfte geeignet.

Das Land Rheinland-Pfalz fördert aktiv die Gleichbehandlung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir wünschen uns daher ausdrücklich Bewerbungen aus allen Altersgruppen, unabhängig von Geschlecht, einer Behinderung, dem ethnischen

Hintergrund, der Religion oder sexuellen Identität.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Ihre vollständigen und aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen richten Sie bitte **innerhalb von zwei Wochen nach Veröffentlichung** dieser Stellenausschreibung **unter Angabe der Kennziffer 17.18/7** in elektronischer Form an

bewerbung@mdi.rlp.de

oder schriftlich an das

**Ministerium des Innern und für Sport
Personalreferat
Schillerplatz 3 - 5
55116 Mainz**

2753.

Im MINISTERIUM FÜR BILDUNG in MAINZ ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt im Rahmen einer Elternzeitvertretung die Stelle

**einer Pressesprecherin /
eines Pressesprechers**

zunächst befristet für die Dauer eines Jahres mit der Aussicht auf Entfristung zu besetzen. Die Stelle kann auch mit zwei Teilzeitkräften besetzt werden.

Zu den wesentlichen Aufgaben gehören:

- Planung, Durchführung und Steuerung der externen Kommunikation
- Beantworten von Presse-Anfragen an das Ministerium
- Verfassen von Mitteilungen, Interviews und Textbeiträgen
- Vorbereitung und Durchführung von Pressekonferenzen
- Vorbereitung und Begleitung von presseöffentlichen Terminen der Hausspitze
- Planung und Umsetzung von Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit

Wir suchen eine qualifizierte Persönlichkeit mit abgeschlossenem Hochschulstudium und praktischer journalistischer Erfahrung. Von Vorteil wären Erfahrungen in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Eine sehr gute mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit setzen wir voraus. Zusätzlich erwarten wir eine überdurchschnittliche Leistungsbereitschaft und Belastbarkeit. Unverzichtbar ist eine ausgeprägte Kommunikations- und Teamfähigkeit, Kreativität sowie Durchsetzungsvermögen und Flexibilität.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Wir bieten eine Eingruppierung bis EG 15 TV-L.

Schwerbehinderte Menschen werden bei entsprechender Eignung bevorzugt eingestellt. Im Rahmen des Landesgleichstellungsgesetzes streben

wir eine Erhöhung des Frauenanteils an und sind an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert. Das Ministerium für Bildung unterstützt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch familienfreundliche Regelungen und Maßnahmen auf Grundlage der Selbstverpflichtung „DIE LANDESREGIERUNG - EIN FAMILIENFREUNDLICHER ARBEITGEBER“.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind **unter Angabe der Kennziffer 14/MinB/2018 bis zum 13. Juli 2018** elektronisch an

poststelle@bm.rlp.de

oder an das

**Ministerium für Bildung
- Personalreferat -
Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz**

zu richten.

Weitere Informationen über das Ministerium für Bildung finden Sie auf unserer Homepage unter www.bm.rlp.de.

2754.

Im MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT, WEITERBILDUNG UND KULTUR in MAINZ sind in der Abteilung 4 „Forschung, Hochschulmedizin, Recht“ zum nächstmöglichen Zeitpunkt 1,5 Stellen

**einer Sachbearbeiterin /
eines Sachbearbeiters**

befristet im Rahmen von Mutterschutz- und Elternzeitvertretungen voraussichtlich für die Dauer von 1 1/2 bis 2 Jahren in Vollzeit und Teilzeit zu besetzen.

Zu den wesentlichen Aufgaben gehören:

- Mitwirkung bei der finanziellen Förderung von Forschungsprojekten,
- Betreuung von Forschungsinstituten und überregionalen Forschungseinrichtungen, Analyse und Auswertung von Informationen und betriebswirtschaftlichen Daten sowie Vor- und Nachbereitung von Gremiensitzungen.

Wir suchen qualifizierte Persönlichkeiten mit abgeschlossenem Studium (Bachelor oder vergleichbar), Berufserfahrung in der öffentlichen Verwaltung sowie Kenntnissen im Haushalts- und Verwaltungsrecht. Unverzichtbar sind sehr gute Kenntnisse und Erfahrungen mit den Microsoft Office-Anwendungen Word und Excel, eine ausgeprägte Kommunikations- und Teamfähigkeit sowie Durchsetzungsvermögen und Flexibilität.

Wir erwarten eine sehr gute mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit sowie ein hohes Maß an Leistungsbereitschaft, Belastbarkeit, Flexibilität, Kreativität und Teamfähigkeit.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Wir bieten im Beschäftigtenverhältnis ein Entgelt bis zur Entgeltgruppe 11 TV-L.

Schwerbehinderte Menschen werden bei entsprechender Eignung bevorzugt eingestellt. Im Rahmen des Landesgleichstellungsgesetzes streben wir eine Erhöhung des Frauenanteils an und sind an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert. Das Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur unterstützt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch familienfreundliche Regelungen und Maßnahmen auf Grundlage der Selbstverpflichtung „DIE LANDESREGIERUNG - EIN FAMILIENFREUNDLICHER ARBEITGEBER“.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind **unter Angabe der Kennziffer 16/W4/2018 bis zum 13. Juli 2018** elektronisch an

poststelle@mwwk.rlp.de

oder an das

**Ministerium für Wissenschaft,
Weiterbildung und Kultur
- Personalreferat -
Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz**

zu richten.

Weitere Informationen über das Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur finden Sie auf unserer Homepage unter www.mwwk.rlp.de.

2755.

Haben Sie Interesse, unser Ministerium bei der Kommunikation aktueller gesellschaftspolitischer Politikbereiche zu unterstützen? Möchten Sie bei einer transparenten und bürgernahen Informationspolitik mit anpacken? Dann bewerben Sie sich auf folgende Stellenausschreibung:

In der Pressestelle des MINISTERIUMS FÜR FAMILIE, FRAUEN, JUGEND, INTEGRATION UND VERBRAUCHERSCHUTZ RHEINLAND-PFALZ in MAINZ ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt befristet bis zum 28. Februar 2020 eine Stelle für

**eine Mitarbeiterin oder
einen Mitarbeiter
(E 9 TV-L)**

in Vollzeit, vollzeitnaher Teilzeit oder durch zwei Teilzeitbeschäftigte zu besetzen.

Zu Ihren Tätigkeiten gehören das:

- Zuarbeiten für den Pressesprecher (Recherchieren und Aufbereiten der Ergebnisse)
- Bearbeiten von Presseanfragen der Medienvertreterinnen und -vertreter
- Bearbeiten und Versenden von Pressemitteilungen
- selbstständiges Erstellen des täglichen Pressespiegels
- Mitarbeiten bei der inhaltlichen Vorbereitung und Organisation von Pressekonferenzen
- selbstständiges Bearbeiten etatrelevanter Vorgänge, z. B. Verwaltung und Abrechnung des digitalen Pressespiegels

- Fotografieren bei hausinternen Veranstaltungen sowie Verarbeiten und Veröffentlichen des Bildmaterials
- Pflegen der Homepage in der Rubrik „Aktuelles“ - Pressemitteilungen

Wir haben folgende fachliche Anforderungen:

Entweder ein Journalistikstudium oder ein Studium der Kommunikations- und Medienwissenschaften, jeweils mit dem Abschluss B. A. oder Sie sind Beschäftigte des öffentlichen Dienstes und verfügen über eine für die Stelle einschlägige Berufserfahrung im journalistischen Bereich (z. B. durch ein Volontariat, als Redakteur in Print- und Digitalmedien oder im Bereich der behördlichen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit).

Darüber hinaus sind sehr gute EDV-Anwenderkenntnisse in den gängigen Office-Produkten, sehr gute Rechtschreib- und Grammatikkenntnisse sowie eine gute schriftliche Ausdrucksweise erforderlich. Erfahrung im Umgang mit Foto- und Filmkamera sowie der dazugehörigen Bearbeitungssoftware werden erwartet und Kenntnisse und Erfahrungen in Typo 3 sind von Vorteil.

Folgende persönliche Anforderungen haben wir an Sie:

Neben einer stabilen Belastbarkeit und einer schnellen Auffassungsgabe erwarten wir

- Selbstständigkeit
- Zuverlässigkeit
- Organisationsfähigkeit
- Kooperation- / Teamfähigkeit
- Kommunikations- und Konfliktfähigkeit.
- sowie Vielseitigkeitskompetenz

Wir bieten Ihnen:

- ein Entgelt nach E 9 TV-L
- die Möglichkeit, sich in einem interessanten Aufgabengebiet einzubringen und sich dabei persönlich und fachlich weiterzuentwickeln
- grundsätzlich flexible Arbeitszeiten im Rahmen der geltenden Gleitzeitregelung; aufgrund der Tätigkeiten in der Pressestelle ist jedoch eine gewisse zeitliche und persönliche Flexibilität erforderlich
- ein familienfreundliches Arbeitsumfeld, das die Vereinbarkeit von Beruf und Familie unterstützt; dies gewährleisten wir durch die Selbstverpflichtung „DIE LANDESREGIERUNG - ein familienfreundlicher Arbeitgeber“ und unseren internen Maßnahmenplan sowie
- eine wertschätzende und teamorientierte Arbeitsatmosphäre und Zusammenarbeit.

Das Land Rheinland-Pfalz fördert aktiv die Gleichbehandlung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir wünschen uns daher ausdrücklich Bewerbungen aus allen Altersgruppen, unabhängig von Geschlecht, einer Behinderung, dem ethnischen Hintergrund, der Religion, Weltanschauung oder sexuellen Identität. Bei entsprechender Eignung werden schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeiten erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Das Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz führt ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren durch. Daher bitten wir Sie, Ihre Bewerbung ausschließlich mit dem dazu vorgesehenen Online-Bewerbungsformular **bis zum 11. Juli 2018** an die Neutrale Stelle in unserem Ministerium zu senden. Den entsprechenden Link mit dem Vordruck finden Sie direkt in der Stellenausschreibung unter

www.mffjiv.rlp.de

oder im Karriereportal des Landes Rheinland-Pfalz unter

www.karriere.rlp.de.

2756.

Das Land Rheinland-Pfalz stellt zum nächstmöglichen Zeitpunkt beim DIENSTLEISTUNGSZENTRUM LÄNDLICHER RAUM RHEINHESSEN-NAHE-HUNSRÜCK

**zwei Assessorinnen /
zwei Assessoren der Landwirtschaft
(A 13 LBesG – 4. Einstiegsamt)**

ein.

Aufgaben:

Zum Aufgabengebiet gehören insbesondere:

- Erteilung von Berufs- und Fachschulunterricht an der Berufsbildenden Schule Agrarwirtschaft in der Fachrichtung Tierhaltung oder Pflanzenbau
- Planung und Koordinierung von Aktivitäten in den Bereichen Versuchswesen und Beratung in der Fachrichtung Tierhaltung oder Pflanzenbau

Erwartet werden:

- Erfolgreich abgeschlossener Vorbereitungsdienst (Gesamtnote und Teilnote der pädagogischen Prüfung mit jeweils mindestens dem Ergebnis 2,50) für das Lehramt an landwirtschaftlichen berufsbildenden Schulen und für den höheren Agrarverwaltungsdienst,
- Abgeschlossenes Studium als Dipl.-Ing. bzw. Master of Science Agrarwissenschaften mit dem Schwerpunkt Tierhaltung oder Pflanzenbau
- Ausgeprägte fachliche Kompetenz in der jeweiligen Fachrichtung verbunden mit konzeptionell ausgerichtetem Denk- und Handlungsvermögen
- Hohe Motivation und Leistungsbereitschaft,
- Innovationsfähigkeit und Eigeninitiative, Koordinationsfähigkeit, Durchsetzungsvermögen und hohe Integrationsfähigkeit,
- ausgeprägte Kommunikations- und Teamfähigkeit.

Im Rahmen des Landesgleichstellungsgesetzes streben

wir eine weitere Erhöhung des Frauenanteils an und sind daher an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert. Schwerbehinderte werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt. Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Die Bewerbung mit den üblichen Unterlagen senden Sie bitte **bis zum 13. Juli 2018** an die

**Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion
Referat 12
Willy-Brandt-Platz 3
54290 Trier**

Wir bitten Sie, Ihre Bewerbungsunterlagen nur als Kopien (ohne Mappen) einzureichen, da keine Rücksendung erfolgt.

2757.

Das Land Rheinland-Pfalz stellt zum nächstmöglichen Zeitpunkt beim DIENSTLEISTUNGSZENTRUM LÄNDLICHER RAUM WESTPFALZ

**eine Assessorin / einen Assessor
der Landwirtschaft
(A 13 LBesG – 4. Einstiegsamt)**

ein.

Aufgaben:

Zum Aufgabengebiet gehören insbesondere:

- Erteilung von Berufs- und Fachschulunterricht an der Berufsbildenden Schule Agrarwirtschaft in der Fachrichtung Tierhaltung
- Planung und Koordinierung von Aktivitäten in den Bereichen Versuchswesen und Beratung in der Tierhaltung
- Vollzug des Tierzuchtrechts- und Überwachung der Einhaltung von tierrechtlichen Vorschriften

Erwartet werden:

- Erfolgreich abgeschlossener Vorbereitungsdienst (Gesamtnote und Teilnote der pädagogischen Prüfung mit jeweils mindestens dem Ergebnis 2,50) für das Lehramt an landwirtschaftlichen berufsbildenden Schulen und für den höheren Agrarverwaltungsdienst,
- Abgeschlossenes Studium als Dipl.-Ing. bzw. Master of Science Agrarwissenschaften mit dem Schwerpunkt Tierhaltung
- Ausgeprägte fachliche Kompetenz verbunden mit konzeptionell ausgerichtetem Denk- und Handlungsvermögen
- Kenntnisse in statistischen Verfahren, z. B. Auswertung von Versuchen
- Hohe Motivation und Leistungsbereitschaft,
- Innovationsfähigkeit und Eigeninitiative, Koordinationsfähigkeit, Durchsetzungsvermögen und hohe Integrationsfähigkeit,
- ausgeprägte Kommunikations- und Teamfähigkeit.

Im Rahmen des Landesgleichstellungsgesetzes streben

wir eine weitere Erhöhung des Frauenanteils an und sind daher an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert. Schwerbehinderte werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt. Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Die Bewerbung mit den üblichen Unterlagen senden Sie bitte **bis zum 13. Juli 2018** an die

**Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion
Referat 12
Willy-Brandt-Platz 3
54290 Trier**

Wir bitten Sie, Ihre Bewerbungsunterlagen nur als Kopien (ohne Mappen) einzureichen, da keine Rücksendung erfolgt.

2758.

Bei der AUFSICHTS- UND DIENSTLEISTUNGSDIREKTION (ADD) in TRIER ist in der Abteilung 3 - Schulen - im Referat 31 „Personalverwaltung und Schulrecht“ zum 1. September 2018 eine Stelle für

**eine Sachbearbeiterin /
einen Sachbearbeiter
des zweiten Einstiegsamtes
der Fachrichtung Verwaltung**

zu besetzen.

Es erwarten Sie insbesondere folgende interessante Aufgaben:

Lehrkräftepersonalverwaltung (Öffentliches Dienstrecht, Arbeits- und Tarifrecht).

Schwerpunkte des anspruchsvollen Aufgabenbereichs sind u. a.: Ernennung, Einstellung, Abordnung und Versetzung von Lehrkräften, Beurlaubung, Gewährung von Teilzeit, Mutterschutz, Elternzeit, Beförderung von Lehrkräften, Ruhestandsversetzung.

Die Zusammenarbeit erfolgt in der Regel im Team mit einer / einem Sachbearbeiter / -in des dritten Einstiegsamtes. Darüber hinaus bestehen zahlreiche Kontakte zu den schulischen Fachreferaten (Schulaufsichtsbeamte und Sachbearbeiter / innen) sowie den Schulen (Schulleiter / innen / Lehrkräfte).

Anforderungsprofil:

- eine abgeschlossene Laufbahnprüfung für das 2. Einstiegsamt der Fachrichtung Verwaltung oder eine erfolgreich abgeschlossene Ausbildung als Verwaltungsfachangestellte / r, die Erste Prüfung im Anschluss an den Verwaltungslehrgang I an einem Kommunalen Studieninstitut oder eine vergleichbare Ausbildung
- Fähigkeit und Bereitschaft zu selbstständigem und eigenverantwortlichem Handeln
- Zuverlässigkeit und Teamfähigkeit
- gute Kontakt- und Kommunikationsfähigkeit
- gutes Organisationsvermögen, Fähigkeit zur effektiven Arbeitsgestaltung

- ausgeprägte Einsatzbereitschaft und Offenheit für neue Aufgaben
- sicherer Umgang mit MS-Standardprogrammen Outlook, Word und Excel sowie Offenheit für neue Informationstechnologien

Im Rahmen des Landesgleichstellungsgesetzes streben wir eine Erhöhung des Frauenanteils an und sind an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert. Auf Wunsch wird die Möglichkeit einer Teilzeitbeschäftigung geprüft. Schwerbehinderte werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen richten Sie bitte **bis zum 11. Juli 2018** an die

**Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion
Personalreferat
Willy-Brandt-Platz 3
54290 Trier**

Eine Rückgabe der Bewerbungsunterlagen erfolgt nur, sofern der Bewerbung ein Freiumschlag beiliegt. Ansonsten werden die Unterlagen nach Abschluss des Auswahlverfahrens datenschutzgerecht vernichtet.

2759.

Beim LANDESUNTERSUCHUNGSAMT - Institut für Lebensmittelchemie Speyer - ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die befristete Teilzeitstelle (50 %)

**einer staatlich geprüften
Lebensmittelchemikerin /
eines staatlich geprüften
Lebensmittelchemikers**

zu besetzen. Das Beschäftigungsverhältnis ist bis zum 31. Dezember 2019 befristet. Die Einstellung erfolgt im Beschäftigungsverhältnis nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) in Entgeltgruppe E 13 TV-L. Dienort ist Speyer.

Aufgabenbereich:

- Entwicklung und Validierung von instrumentellen Analyseverfahren zur Bestimmung von organischen Rückständen und Kontaminanten in Lebensmitteln im Rahmen der laufenden Prozessoptimierung

Anforderungsprofil:

- Erfolgreich abgeschlossenes Hochschulstudium der Lebensmittelchemie
- Abschluss als staatlich geprüfte / r Lebensmittelchemiker / in
- Fundierte Kenntnisse und praktische Erfahrungen in der instrumentellen Analytik sowie der Untersuchung und Beurteilung von Lebensmitteln
- Gute Kenntnisse und Erfahrungen in der analytischen Qualitätssicherung
- Erfahrungen im Daten- und Probenmanagement und im Umgang mit einschlägigen EDV Laborsystemen

- Team- und Kommunikationsfähigkeit
- Hohes Maß an Verantwortungsbewusstsein
- Gutes mündliches und schriftliches Ausdrucksvermögen

Das Landesuntersuchungsamt fördert aktiv die Gleichstellung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir wünschen uns daher ausdrücklich Bewerbungen aus allen Altersgruppen unabhängig von Geschlecht, einer Behinderung, dem ethnischen Hintergrund, der Religion, Weltanschauung oder sexuellen Identität. Bewerbungen von Frauen werden bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung vorrangig berücksichtigt. Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Das Landesuntersuchungsamt unterstützt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch familienfreundliche Regelungen und Maßnahmen auf Grundlage der Selbstverpflichtung „DIE LANDESREGIERUNG – EIN FAMILIENFREUNDLICHER ARBEITGEBER“.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen richten Sie bitte vorzugsweise an

online.bewerbung@lua.rlp.de

oder postalisch **bis zum 11. Juli 2018** an das

**Landesuntersuchungsamt
Abteilung Zentrale Dienste
Personalreferat
Mainzer Straße 112
56068 Koblenz**

Bitte beachten Sie bei einer Online-Bewerbung: 1 PDF-Dokument bis zu einer maximalen Größe von 5 Megabyte.

Sofern Sie sich postalisch bewerben, weisen wir darauf hin, dass die Bewerbungsunterlagen nicht zurückgesandt werden. Daher bitten wir um Zusendung von Kopien. Nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens werden die Bewerbungsunterlagen nach den Bestimmungen des Datenschutzes vernichtet.

Bitte teilen Sie uns außerdem die Rufnummer mit, unter der Sie tagsüber erreichbar sind.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an den Leiter des Institutes für Lebensmittelchemie Speyer Herrn Michael Lambert, Tel. 06232 6521-120 oder michael.lambert@lua.rlp.de.

Weitere Informationen über das Landesuntersuchungsamt finden Sie unter <http://www.lua.rlp.de>.

2760.

Im LANDESAMT FÜR SOZIALES, JUGEND UND VERSORGUNG DES LANDES RHEINLAND-PFALZ ist in der Abteilung 5 „Gesundheit und Pharmazie“ am Dienort Landau zum 1. Januar 2019 eine Stelle zu besetzen:

Pharmazeutin / Pharmazeut.

Anforderungen:

- Approbation als Apotheker / in
- Mindestens zweijährige praktische Erfahrung in der Arzneimittelherstellung, der Arzneimittelprüfung oder auf dem

Gebiet des Apothekenwesens

- Stark ausgeprägte Sozialkompetenz, insbesondere Kommunikations- und Teamfähigkeit
- Gutes mündliches und schriftliches Ausdrucksvermögen
- Gute englische Sprachkenntnisse in Wort und Schrift
- EDV-Kenntnisse (MS-Office)
- Gültige Fahrerlaubnis der Klasse B (neu) bzw. 3 (alt) und Bereitschaft zu Dienstreisen

Wir bieten Ihnen:

- Tarifliche Eingruppierung nach Entgeltgruppe 14 TV-L
- Gegebenenfalls Berufung in das Beamtenverhältnis (Entwicklungsmöglichkeiten bis Besoldungsgruppe A 15 LBesG)
- Weitergehende Fortbildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten
- Mitverantwortlichkeit für das soziale Klima im Land
- Familienfreundlichkeit mit Zertifizierung „berufundfamilie®“
- Zertifiziertes Qualitätsmanagement nach der ISO 9001:2015

Im Referat 54 „Pharmazie“ erwarten Sie insbesondere folgende interessante Aufgaben:

- Überwachung des Verkehrs mit Tierarzneimitteln in tierärztlichen Hausapotheken und bei Tierheilpraktikerinnen und Tierheilpraktikern
- Überwachung von (Tier-)Arzneimittelherstellern
- Bearbeitung von Zolnanfragen gemäß § 73 AMG
- Vollzug des Apothekengesetzes, der Apothekenbetriebsordnung sowie des Betäubungsmittelrechtes
- Wahrnehmung des Prüfungsvorsitzes an einer staatlich anerkannten Lehranstalt für pharmazeutisch-technische Assistentinnen und Assistenten
- Mitarbeit bei der Implementierung und Pflege des Qualitätssicherungssystems im Referat Pharmazie
- Inspektionen im außereuropäischen Ausland.

Interesse?

Dann schicken Sie Ihre Bewerbungsunterlagen **bis 16. Juli 2018** per E-Mail (eine Datei im pdf-Format, maximale Größe von 10 MB) **mit dem Betreff „LD-54-4-25/2018“** an

bewerbung@lsjv.rlp.de

Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung ist barrierefrei. Bewerbungen von schwerbehinderten Menschen werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt. Im Rahmen des Landesgleichstellungsgesetzes streben wir eine Erhöhung des Frauenanteils an. Wir sind daher an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert. Bewerbungen Älterer sind erwünscht. Die Stelle kann grundsätzlich auch mit Teilzeitbeschäftigten besetzt werden. Nähere Informationen über das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung finden Sie auf unserer Homepage: www.lsjv.rlp.de.

2761.

IM LANDESAMT FÜR SOZIALES, JUGEND UND VERSORGUNG DES LANDES RHEINLAND-PFALZ ist am Dienstsitz MAINZ zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Stelle zu besetzen:

Personalreferentin / Personalreferent und Stellvertretung der Referatsleitung 12 „Personal- und Organisation“.

Anforderungen:

- Mit einem Bachelorgrad oder einem gleichwertigen Abschluss abgeschlossenes Hochschulstudium der Fachrichtung Verwaltung oder Verwaltungsbetriebswirtschaft
- Abgeschlossener Vorbereitungsdienst für das 3. Einstiegsamt
- Gute EDV-Kenntnisse (MS-Office-Produkte und idealerweise IPEMA®)
- Gute Kenntnisse und praktische Erfahrung in den Bereichen des Arbeits- und Tarifrechts, des Beamten- und Verwaltungsverfahrenrechts sowie des Personalvertretungsrechts
- Engagement, Selbstständigkeit, Verhandlungsgeschick und hohe Belastbarkeit sowie Freude am Umgang mit Menschen
- Erfahrungen in der Mitarbeiterführung sind von Vorteil
- Gültige Fahrerlaubnis der Klasse B (neu) bzw. 3 (alt) und Bereitschaft zu Dienstreisen

Wir bieten Ihnen:

- Entwicklungsmöglichkeiten bis Besoldungsgruppe A13 LBesG
- Gegebenenfalls tarifliche Eingruppierung nach dem TV-L
- Weitergehende Fortbildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten
- Mitverantwortlichkeit für die Personalentwicklung im LSJV
- Familienfreundlichkeit mit Zertifizierung „berufundfamilie®“
- Zertifiziertes Qualitätsmanagement nach der ISO 9001:2015

Im Referat 12 „Personal und Organisation“ des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung erwarten Sie insbesondere folgende interessante Aufgaben:

- Leitung des Aufgabengebiets 12.1 „Personalverwaltung“ (Standorte Mainz und Koblenz)
- Personalbewirtschaftung für Beamte und Tarifbeschäftigte
- Personalplanung und Stellenbewirtschaftung
- Durchführung von Einstellungs- und Besetzungsverfahren
- Abwesenheitsvertretung der Referatsleitung 12 „Personal- und Organisation“ (Standorte Koblenz, Landau, Mainz und Trier)

Interesse?

Schicken Sie Ihre Bewerbungsunterlagen **bis 13. Juli 2018** per E-Mail (eine Datei im pdf-Format, maximale Größe von 10 MB) **mit dem Betreff „MZ-12-3-24/2018“** an

bewerbung@lsjv.rlp.de

Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung ist barrierefrei. Bewerbungen von schwerbehinderten Menschen werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt. Im Rahmen des

Landesgleichstellungsgesetzes streben wir eine Erhöhung des Frauenanteils an. Wir sind daher an Bewerbungen von Frauen besonders interessiert. Bewerbungen Älterer sind erwünscht. Die Stelle kann grundsätzlich auch mit Teilzeitbeschäftigten besetzt werden. Nähere Informationen über das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung finden Sie auf unserer Homepage: www.lsjv.rlp.de.

2762.

Im LANDESKRIMINALAMT RHEINLAND-PFALZ ist zum 1. Oktober 2018 innerhalb der Abteilung 2 – Einsatz- und Ermittlungsunterstützung –

eine Sachbearbeiterstelle im Dezernat 25 – TKÜ/IuK-Forensik- im Sachgebiet 2 „Operative TKÜ“

zu besetzen.

Die Überwachung der Telekommunikation (TKÜ) durch die Sicherheitsbehörden ist ein unverzichtbares Instrument zur Bekämpfung der Schwerstkriminalität, insbesondere der organisierten und der politisch motivierten Kriminalität. Das Dezernat 25 ist dafür verantwortlich, die zentrale Betreuung aller TKÜ-Maßnahmen und damit einhergehender operativer TKÜ-Maßnahmen in Rheinland-Pfalz zu gewährleisten.

Der Einsatz erfolgt oftmals in unmittelbarer Nähe zum polizeilichen Gegenüber. Um die Aufgaben durchführen zu können, ist es erforderlich, fachlich spezialisierte, gut ausgebildete Beamte / innen einzusetzen, die in der Lage sind, diese Aufgaben auch hochkonspirativ wahrnehmen zu können.

Aufgabenbeschreibung:

Wesentliche Aufgaben des Sachgebiets „Operative TKÜ“ sind

- die Lokalisierung von Mobilfunktelefonen insbesondere durch den Einsatz technischer Systeme.

Darüber hinaus

- die Vermessung von Mobilfunknetzen,
- die Bestimmung technischer Daten der Basisstationen im GSM- UMTS und LTE-Netz
- die Unterstützung bei Ausgleichsmaßnahmen (Quellen-TKÜ und Onlinedurchsuchung).

Anforderungsprofil:

- Bewerben können sich rheinland-pfälzische Polizeibeamtinnen und -beamte mit Bachelorabschluss oder vergleichbarem Studium an einer Hochschule der Polizei oder vergleichbarer Ausbildung.
- Eine vorherige Verwendung im polizeilichen Einzeldienst, Kriminaldienst oder einer vergleichbaren Funktion wird grundsätzlich begrüßt, ist jedoch keine Grundvoraussetzung.
- Ferner erwartet wird eine entsprechende gesundheitliche und körperliche Eignung.
- Die Fähigkeiten im Führen von Kraftfahrzeugen und das

Vorhandensein einer gültigen Fahrerlaubnis wird vorausgesetzt.

Die Bereitschaft zur Teilnahme an spezialisierten Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen wird vorausgesetzt. Weiterhin wird erwartet, dass interne sowie externe Hospitationen wahrgenommen werden. Daher ist eine längerfristige Verwendungsdauer (mindestens fünf Jahre) erwünscht.

Herausragende Befähigung:

Erwartet werden insbesondere ein gutes Denk- und Urteilsvermögen, Einfallsreichtum und Initiative, ein hohes Maß an Selbstständigkeit und Entschlusskraft, Organisationsfähigkeit, Belastbarkeit, Flexibilität, eine ausgeprägte Team- und Kommunikationsfähigkeit, körperliche Leistungsfähigkeit, erhöhte Stressresistenz und Selbstsicherheit sowie Durchsetzungsvermögen. Ferner ein gutes technisches Verständnis oder die Bereitschaft, sich dieses anzueignen sowie Verhandlungsgeschick.

Die Bereitschaft zur Teilnahme am Rufbereitschaftsdienst wird vorausgesetzt. Ebenso muss die Bereitschaft zu Diensten, die über die übliche Arbeitszeit hinausgehen, zur Durchführung mehrtägiger Dienstreisen und zur ständigen Weiterbildung gegeben sein.

Im Weiteren werden auch Einsätze mit der Hubschrauberstaffel bewältigt, was grundsätzlich voraussetzt, dass keine Flugangst vorliegt.

Nach dem Bestehen des Auswahlverfahrens findet eine zweimonatige technikspezifische Ausbildung an den Systemen in den Spezialfahrzeugen und dem System für den Polizeihubschrauber im Einsatzgeschehen statt. In der Folgezeit werden auch Sicherheitstrainings mit den Spezialfahrzeugen absolviert.

Das Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz fördert die Gleichstellung von Frauen und Männern und unterstützt grundsätzlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten. Teilzeitwünsche sind unter Angabe von Umfang, Lage und Verteilung der täglichen Arbeitszeit in der Bewerbung anzugeben.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeiten erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Für Fragen zum Verfahren steht Ihnen Herr Brantzen (Leitung Dezernat Personal), Telefon: 06131 65-2116, zur Verfügung, für Fachfragen Herr Junginger (Leitung Dezernat 26), Telefon: 06131 65-2703.

Entsprechende Bewerbungen bitten wir auf dem Dienstweg an das

**Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz
Personaldezernat
Valenciaplatz 1 - 7
55118 Mainz**

oder elektronisch an:

LKA.14.L@polizei.rlp.de

zu richten. **Die Bewerbungsfrist endet mit Ablauf des 15. Juli 2018.**

Mit der Bewerbung ist gleichzeitig das schriftliche Einverständnis zur Einsichtnahme in die Personalakten zu erteilen.

2763.

Im LANDESKRIMINALAMT RHEINLAND-PFALZ ist zum 1. Oktober 2018 innerhalb der Abteilung 5 - Politisch motivierte Kriminalität -

eine Sachbearbeiterstelle im Dezernat 54 - Sicherheitsüberprüfungen / Personen- und Objektschutz -

zu besetzen.

Aufgabenbeschreibung:

- Zentrale Bearbeitung aller im Zusammenhang mit dem Personen- und Objektschutz anfallenden Aufgaben, insbesondere
 - Erstellung von Gefährdungsbewertungen
 - verhaltensorientierte Sicherheitsberatung für eingestufte Personen und bei Verantwortlichen eingestufte Objekte
 - Vorlage von Empfehlungen zu Gefährdungseinstufungen bzw. Anordnung von Schutzmaßnahmen gemäß PDV 129 -VS-NfD- und PDV 130 -VS-NfD- hinsichtlich gefährdeter Personen und / oder Objekten
 - Koordination des Schutzes gefährdeter Mitarbeiter des LKA
- Führung der POS-Datei Rheinland-Pfalz
- Auswertung von Lageberichten
- Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen
- Zusammenarbeit mit für Sicherheits- und Zuverlässigkeitsüberprüfungen zuständigen Behörden und Institutionen

Anforderungsprofil:

- Bewerber können sich rheinland-pfälzische Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte mit der Befähigung für das dritte Einstiegsamt (ehemals gehobener Dienst) mit Bachelorabschluss oder vergleichbarem Studium an einer Hochschule der Polizei oder vergleichbarer Ausbildung.
- Eine möglichst mehrjährige Verwendung in der polizeilichen Sachbearbeitung wäre von Vorteil.

Die Bereitschaft zur Teilnahme an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen wird vorausgesetzt.

Herausragende Befähigungen:

Auffassungsgabe, Denk- und Urteilsvermögen, mündliches und schriftliches Ausdrucksvermögen, Selbstständigkeit und Entschlusskraft, Verantwortungsbewusstsein und -bereitschaft, Belastbarkeit, Organisationsfähigkeit und Flexibilität, Kooperation und Teamarbeit, Verhandlungsgeschick.

Aufgrund der teilweise recht anspruchsvollen Fortbildungsmaßnahmen und der Erforderlichkeit einer intensiven

Einarbeitung ist die Bereitschaft zu einer mittelfristigen Dienstverrichtung im Landeskriminalamt (mindestens fünf Jahre) erforderlich.

Das Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz fördert die Gleichstellung von Frauen und Männern und unterstützt grundsätzlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten. Teilzeitwünsche sind unter Angabe von Umfang, Lage und Verteilung der täglichen Arbeitszeit in der Bewerbung anzugeben.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeiten erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Für Fragen zum Verfahren stehen Ihnen Herr Brantzen (Leitung Dezernat Personal), Telefon: 06131 65-2116, für Fachfragen Herr Popp (Leitung Dezernat 54), Telefon: 06131/65-2463, zur Verfügung.

Entsprechende Bewerbungen bitten wir auf dem Dienstweg an das

**Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz
Personaldezernat
Valenciaplatz 1 - 7
55118 Mainz**

oder elektronisch an:

LKA.14.L@polizei.rlp.de

zu richten. **Die Bewerbungsfrist endet mit Ablauf des 15. Juli 2018.**

Mit der Bewerbung ist gleichzeitig das schriftliche Einverständnis zur Einsichtnahme in die Personalakten zu erteilen.

2764.

Das POLIZEIPRÄSIDIUM RHEINPFALZ ist als eines von sechs Polizeipräsidien in Rheinland-Pfalz zuständig für die Sicherheit von rund 870.000 Menschen. Der Dienstbezirk umfasst mit etwa 2400 km² die gesamte Vorder- und Südpfalz. Die Behörde beschäftigt ca. 2300 Mitarbeiter, wovon etwa 1800 Polizei- und Verwaltungsbeamte sowie 500 Tarifbeschäftigte sind.

Weitere Informationen zur Organisation der rheinland-pfälzischen Landespolizei, des Polizeipräsidiums Rheinland-Pfalz und zur Zentralen Bußgeldstelle finden Sie auf unserer Homepage www.polizei.rlp.de.

In der ZENTRALEN BUßGELDSTELLE RHEINLAND-PFALZ am Standort SPEYER ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Stelle zu besetzen:

**Bußgeldsachbearbeiter / in
(m / w)
Bes.Gr. A 8 LBesG RLP**

Die Zentrale Bußgeldstelle Rheinland-Pfalz ist landesweit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im fließenden Straßenverkehr sowie bei Verkehrsunfällen zuständig. Geahndet

werden insbesondere Geschwindigkeits- und Abstandsverstöße, Drogen- und Alkoholkonsum im Straßenverkehr sowie Verstöße nach dem Gefahrgutbeförderungsgesetz.

Ihr Aufgabengebiet

Das Aufgabengebiet der ausgeschriebenen Stelle umfasst im Wesentlichen:

- Einleitung und Durchführen der Verfahren / Veranlassen weiterer Ermittlungen
- Festsetzung von Verwarnungsgeldern, Geldbußen und Fahrverboten
- Entscheidung über Stundung, Ratenzahlung und Erlass von Forderungen
- Einleitung von Vollstreckungsmaßnahmen, einschließlich der Beantragung der Erzwingungshaft

Was wir von Ihnen erwarten

Sie treffen auf ein motiviertes Team, das sich durch ein aufgeschlossenes, hilfsbereites und kollegiales Miteinander auszeichnet; diese kooperative Arbeitsphilosophie wird auch von Ihnen erwartet.

Zwingende Einstellungsvoraussetzung:

- Erfolgreich abgeschlossener Vorbereitungsdienst (oder der Abschluss erfolgt demnächst) für das 2. Einstiegsamt der Laufbahn „Allgemeine Verwaltung“ (ehemals mittlerer nichttechnischer Verwaltungsdienst)
- Erfüllen der beamtenrechtlichen Ernennungsvoraussetzungen zum Einstellungstermin

Die Ausschreibung richtet sich ausschließlich an vorgenannten Absolventenkreis; andere Bildungsabschlüsse werden nicht berücksichtigt.

Von Vorteil sind:

- Ein hohes Maß an Entscheidungsfreudigkeit, Motivation und rechtl. Urteilsvermögen
- Kenntnisse im Ordnungswidrigkeitsrecht bzw. die Bereitschaft und die Fähigkeit, sich diese zügig anzueignen
- Selbstständige Arbeitsweise sowie Belastbarkeit und Stressfestigkeit
- Gute Kenntnisse im Umgang mit der elektronischen Datenverarbeitung sowie MS Office-Produkten (Word, Excel)

Was wir Ihnen bieten

- Die Einstellung / Übernahme im Beamtenverhältnis bis Bes.Gr. A 8 LBesG
- Beförderungsmöglichkeiten bis A 9 LBesG, auch ohne Stellenwechsel
- Ein interessantes und herausforderndes Aufgabengebiet
- Unterstützung bei der Einarbeitung durch fachkundige Kollegen / innen und Vorgesetzte
- Einen zeitlich flexiblen Arbeitsplatz durch unser Gleitzeitmodell und der unkomplizierten Möglichkeit zum Arbeitszeitausgleich und Einbringen von Erholungsurlaub
- Derzeit kostenlose Parkmöglichkeiten in der Nähe zum Arbeitsplatz

Die Polizei Rheinland-Pfalz fördert die Gleichstellung von Frauen und Männern und unterstützt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten. Teilzeitwünsche geben Sie bitte unter Angabe von Umfang und Verteilung der täglichen Arbeitszeit in der Bewerbung an.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Auf www.oeffentlicher-dienst.info können Sie sich über die zu erwartende Vergütung u. a. informieren.

Wenn Sie sich bewerben wollen

Bitte senden Sie uns Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen, insbesondere Kopien der Schul-, Prüfungs- und Dienstzeugnisse **unter Nennung der Kennziffer ZBS-SB.TL-SP-06 bis zum 11. Juli 2018**

Schriftlich

Polizeipräsidium Rheinland-Pfalz

Referat PV 3

Wittelsbachstraße 3

67061 Ludwigshafen

Die Bewerbung ist ohne Bewerbungsmappe oder Folien einzureichen; eine Rückgabe erfolgt nur bei Übersendung eines ausreichend frankierten Umschlages. Kosten, die im Zusammenhang mit der Bewerbung entstehen, werden nicht erstattet.

Per E-Mail

Ihre Bewerbung via E-Mail (unbedingt als zusammenhängende PDF-Datei, maximal ca. 5 MB) senden Sie bitte an

pprheinpalz.pv3.bewerbung@polizei.rlp.de

Eine datenschutzgerechte Vernichtung nach Abschluss des Auswahlverfahrens wird garantiert.

Bei Angabe einer E-Mail-Adresse erfolgt die gesamte Kommunikation ausschließlich auf dem elektronischen Wege.

Wenn Sie Fragen haben

Für weitere Informationen zur Stelle steht Ihnen Herr Virsik unter Tel. 06232 8720-602 zur Verfügung.

Für Fragen personalrechtlicher Natur oder zum Bewerbungsverfahren wenden Sie sich bitte an Frau Ecker (Tel. 0621 963-1631) oder Herrn Willer (0621 963-1676).

2765.

Bei der POLIZEIINSPEKTION ALTENKIRCHEN ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle

eines Mitarbeiters¹ in der Funktion eines Sachbearbeiters Technik und Versorgung (SB TuV)

mit der Hälfte der durchschnittlichen regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit eines Vollbeschäftigten

(19,5 Wochenstunden) unbefristet zu besetzen.

Funktionsbeschreibung:

Die Funktion des SB TuV umfasst folgende Aufgaben:

- Mitwirkung bei der Planung und Koordination von Führungs- und Einsatzmitteln bei Einsatzlagen und Übungen
- Erstellung von Termin- und Berichtsvorlagen im technischen Bereich
- Gewährleistung der Funktionsfähigkeit der Führungs- und Einsatzmittel einschließlich Bedarfsermittlung, Verwendung, Aufbewahrung, Wartung / Pflege / Instandsetzung, Ersatzbeschaffung, Entsorgung, Vor- und Nachbereitung von Waffenrevisionen sowie sonstigen Revisionen im technischen Bereich
- Überprüfung der persönlichen Ausstattung von Polizeibeamten (exklusiv des in der Waffenrevision überprüften Gerätes)
- Durchführung interner Bestandsprüfungen
- Einweisung der Bediensteten in die sachgerechte Handhabung und Pflege der Führungs- und Einsatzmittel / Geräte
- Beschaffung, Lagerung und Ausgabe von Verbrauchsmaterial
- Bearbeiten von Verlust- und Beschädigungsmeldungen sowie Kraftfahrungsunfallmeldungen
- Gewährleistung der Verfügbarkeit und Einsatzfähigkeit der Dienst-Kfz
- Kontrolle des elektronischen Fahrtenbuches und der Tankabrechnungen
- Arbeitseinteilung und Kontrolle des Hausarbeiters und des Reinigungspersonals
- Überwachung der Arbeiten beauftragter Fremdfirmen

Anforderungsprofil:

Diese Stellenausschreibung richtet sich sowohl an Beschäftigte des Polizeipräsidiums Koblenz als auch an externe Bewerber.

Vorausgesetzt werden:

- Gute Kenntnisse im Umgang mit den Microsoft Office Anwendungen
- technisches Verständnis
- Teamfähigkeit
- Durchsetzungsvermögen und Entschlussfreudigkeit
- Organisationsfähigkeit und Flexibilität
- Einsatzbereitschaft auch über die tägliche Arbeitszeit hinaus sowie - ggf. in Form der Rufbereitschaft - am Wochenende
- Kenntnis der einschlägigen Vorschriften (Haushaltsrecht, Inventarordnung, Dienstanweisung über Maßnahmen zur Verhinderung von Verlust und Beschädigung der Führungs- und Einsatzmittel der Polizei usw.) bzw. Fähigkeit, sich innerhalb kürzester Zeit in die einschlägigen Vorschriften einzuarbeiten
- Bereitschaft, die notwendigen Aus- und Weiterbildungsseminare zu besuchen
- da auch körperlich anstrengende Arbeiten anfallen können, sollte eine entsprechende körperliche Belastbarkeit gegeben sein

- Fahrerlaubnis Klasse BE (oder alt: Klasse 3); zwingend erforderlich ist der Besitz eines PKW-Führerscheins (Klasse BE), somit die Berechtigung zum Führen von PKW mit Anhängern. Sofern die Berechtigung zum Führen von PKW mit Anhänger derzeit noch nicht vorliegt, müsste der Erwerb etwa innerhalb eines halben Jahres eigenständig nachgeholt und nachgewiesen werden.

Die Tätigkeit entspricht der Entgeltgruppe 6 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L).

Bewerbungen von Frauen werden ausdrücklich begrüßt. Das Polizeipräsidium Koblenz fördert die Gleichstellung von Frauen und Männern und unterstützt auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch flexible Arbeitsgestaltung im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Schwerbehinderte Bewerber werden bei gleicher Eignung besonders berücksichtigt.

Bewerbungen erbitte ich **bis zum 11. Juli 2018** an das

**Polizeipräsidium Koblenz
Referat PV 3
Moselring 10 - 12
56068 Koblenz**

Interne Bewerbungen sind über den Dienstweg einzureichen.

Auskünfte zum Auswahlverfahren erteilt Frau Tönges, Telefon 0261 103-2262; bei Fragen zur Stelle wenden Sie sich bitte an den Leiter der Polizeiinspektion Altenkirchen, Herrn Schlemm, Telefon 02681 946-200.

¹ In dieser Stellenausschreibung wird aus Gründen der Übersichtlichkeit ausschließlich die maskuline Form verwendet. Die Stellenausschreibung richtet sich selbstverständlich auch an Bewerberinnen.

2766.

Beim POLIZEIPRÄSIDIUM KOBLENZ ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle

**eines Mitarbeiters¹ im Referat PV 4
(Haushalt und Finanzen)**

zu besetzen. Die Funktion wird im Polizeipräsidium Koblenz ausgeübt. Im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten kann die Stelle auch in zwei Teilzeitstellen (jeweils 50 % einer Vollzeitkraft) aufgeteilt werden. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt in Vollzeit 39 Stunden.

Funktionsbeschreibung:

- Buchung von Zahlungsvorgängen (Auszahlungen, Einzahlungen, Daueraufträge, Sammelanweisungen) in dem zentralen Haushaltsprogramm IRMA
- Überwachung und Buchung der Zahlungseingänge von Gebühren für Wildunfallbescheinigungen

- Kontrolle der Haushaltsüberwachungslisten
- Unterstützung bei Beschaffungsmaßnahmen
- Unterstützung bei der Bearbeitung des Posteinganges und Postausganges sowie organisatorischen Maßnahmen nach Weisung der Referatsleitung
- Archivierung der zahlungsbegründenden Unterlagen, bzw. vorbereitende Maßnahmen für die elektronische Archivierung der zahlungsbegründenden Unterlagen.

Anforderungsprofil:

Diese Stellenausschreibung richtet sich an Beschäftigte des Polizeipräsidiums Koblenz sowie externe Bewerber.

Vorausgesetzt werden:

- Gute Kenntnisse im Umgang mit den Microsoft Office-Anwendungen
- Organisationsfähigkeit
- Kenntnisse im Umgang mit IRMA bzw. die Fähigkeit, sich innerhalb kurzer Zeit in das Programm einzuarbeiten (die Einarbeitung wird gewährleistet)
- die Fähigkeit zum sorgfältigen und raschen Arbeiten - auch bei hohem Arbeitsanfall
- Teamfähigkeit
- eine abgeschlossene Ausbildung wird vorausgesetzt, vorteilhaft ist eine abgeschlossene Ausbildung als Verwaltungsfachangestellter oder eine Ausbildung im kaufmännischen Bereich

Mit der Übertragung der Tätigkeit erfolgt die Eingruppierung in die Entgeltgruppe 5 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L).

Das Polizeipräsidium Koblenz fördert die Gleichstellung von Frauen und Männern und unterstützt auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch flexible Arbeitsgestaltung im Rahmen der dienstlichen Möglichkeiten.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung und Befähigung bevorzugt.

Bewerbungen erbitten wir **bis zum 18. Juli 2018** an das

**Polizeipräsidium Koblenz
Referat PV 3
56068 Koblenz**

Interne Bewerbungen sind **über den Dienstweg** an das

**Polizeipräsidium Koblenz
Referat PV 3**

einzureichen.

Auskünfte zum Auswahlverfahren erteilt Ihnen Frau Tönges, Telefon 0261 103-2262; bei Fragen zur Stelle wenden Sie sich bitte an Herrn Rommersbach, Telefon 0261 103-2271.

¹ Aus Gründen der Übersichtlichkeit wird in dieser Stellenausschreibung ausschließlich die maskuline Form verwendet. Die Stellenausschreibung richtet sich selbstverständlich auch an Bewerberinnen.

2767.

Bei dem POLIZEIPRÄSIDIUM TRIER / POLIZEIDIREKTION WITTLICH / KRIMINALINSPEKTION WITTLICH ist zum 1. Oktober 2018 die Stelle

**der Leiterin / des Leiters
des Kommissariats 5 „Eigentumsdelikte“**

zu besetzen.

Die ausgeschriebene Stelle ist nach der Besoldungsgruppe A 13 (3. Einstiegsamt) bewertet.

Um diese Stelle können sich Beamtinnen und Beamte der Kriminalpolizei bewerben, die sich mindestens in einem Amt der Besoldungsgruppe A 11 befinden.

Aufgabenbeschreibung:

Führung des Kriminalkommissariats, Dienst- und Fachaufsicht über die nachgeordneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Eigenständige Sachbearbeitung in Relation zu der Anzahl der zu führenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Organisation, Koordination und Kontrolle der Ermittlungsaufträge / Vorgänge.

Lageanalyse, Planung und verantwortliche Umsetzung von Konzepten zur Bekämpfung von Kriminalitätsbrennpunkten. Leitung von kommissariatsinternen Einsätzen oder sonstiger Einsätze auf Weisung.

Anforderungsprofil:

Bewerben können sich Beamtinnen und Beamte der Kriminalpolizei mit der Befähigung für das dritte Einstiegsamt, die über einen Abschluss des Studiums an der Hochschule der Polizei oder über einen Abschluss der Aufstiegsausbildung verfügen.

Vierjährige Verwendung in der entsprechenden Laufbahn ab dem dritten Einstiegsamt, Erfahrungen in der kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung.

Herausragende Befähigungen:

Fachkompetenz, Auffassungsgabe und Denk- und Urteilsvermögen, Einfallsreichtum und Initiative, Selbstständigkeit und Entschlusskraft, Verantwortungsbewusstsein und -bereitschaft, Organisationsfähigkeit und Flexibilität, Kooperation und Teamarbeit, Verhandlungsgeschick.

Umfassende kriminalpolizeiliche und -taktische Befähigung.

Fähigkeit zur leitbildorientierten Mitarbeiterführung.

Erwartet werden die Beachtung der Grundsätze des Gender Mainstreaming und ein gleichstellungsorientiertes Führungsverhalten.

Im Rahmen des Förderprogrammes der rheinland-pfälzischen Landesregierung besteht an Bewerbungen von Frauen besonderes Interesse. Aufgrund bestehender Unterrepräsentanz in Führungspositionen werden sie bei gleicher Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben

wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung ebenfalls bevorzugt berücksichtigt.

Der ausgeschriebene Dienstposten ist teilzeitgeeignet.

Bewerbungen werden **innerhalb von drei Wochen nach der Veröffentlichung** dieser Stellenausschreibung schriftlich **auf dem Dienstweg** erbeten an das

Polizeipräsidium Trier
Referat PV 3 (Personal)
Salvianstraße 9
54290 Trier

oder elektronisch (eine zusammenhängende PDF-Datei, maximal 5 MB) an

pptrier.pv3.bewerbungen@polizei.rlp.de

Im Fall einer elektronischen Bewerbung bitten wir die Leitung der eigenen Organisationseinheit und die Leitung der betr. Direktion bzw. des Führungsstabs nachrichtlich zu beteiligen.

2768.

Zum nächstmöglichen Zeitpunkt ist bei dem POLIZEIPRÄSIDIUM TRIER / KRIMINALDIREKTION TRIER / ZENTRALE KRIMINALINSPEKTION die Stelle

der Leiterin / des Leiters des Kommissariats 16 „IuK-Forensik / Technische Ermittlungsunterstützung“

kommissarisch zu besetzen.

Die ausgeschriebene Stelle ist nach der Besoldungsgruppe A 13 (3. Einstiegsamt) bewertet.

Um diese Stelle können sich Beamtinnen und Beamte der Kriminalpolizei bewerben, die sich mindestens in einem Amt der Besoldungsgruppe A 11 befinden.

Im Rahmen der Organisationsstruktur der Kriminalpolizei ergibt sich folgende Aufgabenbeschreibung für das Kommissariat 16 „IuK-Forensik / Technische Ermittlungsunterstützung“:

- Durchführung beweisichernder Maßnahmen im Zusammenhang mit datenverarbeitenden Systemen und Daten, insbesondere durch
 - Erhebung, Sicherung, Aufbereitung, Konvertierung und Bereitstellung digitaler Daten sowie
 - anlassbezogene Recherchen und Beweissicherungen im Internet sowie deren gerichtsverwertbare Dokumentation.
- Fachtechnische Beratung und Unterstützung ermittlungsführender Stellen (einschließlich Justiz),
- Zentrale Qualitätssicherungs- und Koordinierungsstelle in den Bereichen
 - forensische IuK - Technik,
 - technische Ermittlungsunterstützung,
 - neuer Technologien / Internet,
 - Telekommunikationsüberwachung (TKÜ-Fachberater) sowie
 - Zusammenarbeit mit den ggf. bei den Kriminalinspektionen außerhalb des Sitzes des Polizeipräsidiums eingerichteten DV-Ermittlern.

Aufgabenbeschreibung:

Führung des Kriminalkommissariats, Dienst- und Fachaufsicht über die nachgeordneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Eigenständige Sachbearbeitung in Relation zu der Anzahl der zu führenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Organisation, Koordination und Kontrolle der Ermittlungsaufträge / Vorgänge. IT-Fachtechnische Beratung und Unterstützung von polizeilichen Maßnahmen und Justiz bei Straftaten und Gefahrenlagen sowie anlassbezogene Recherchen und Beweismittelsicherung im Internet.

Lageanalyse, Planung und verantwortliche Umsetzung von Konzepten zur Bekämpfung von Kriminalitätsbrennpunkten sowie im Bereich der IuK-Forensik und technischer Ermittlungsunterstützung. Leitung von kommissariatsinternen Einsätzen oder sonstiger Einsätze auf Weisung.

Forensische Sicherung von Datenträgern und Sicherstellung von / aus Netzwerken und Datenbanken gemäß Auftrag ermittlungsführender Stellen.

Rekonstruktion von Daten und Analyse zu untersuchender elektronischer Beweismittel / IT-Systeme.

Auswertung und Bereitstellung von Daten IT-technischer Systeme sowie die Dokumentation der forensischen Maßnahmen.

Erstellen von Behördengutachten

Anforderungsprofil:

Bewerben können sich Beamtinnen und Beamte der Kriminalpolizei mit der Befähigung für das dritte Einstiegsamt, die über einen Abschluss des Studiums an der Hochschule der Polizei oder über einen Abschluss der Aufstiegsausbildung verfügen.

Vierjährige Verwendung in der entsprechenden Laufbahn ab dem dritten Einstiegsamt, Erfahrungen in der kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung.

Herausragende Befähigungen:

Fachkompetenz, Auffassungsgabe und Denk- und Urteilsvermögen, Einfallsreichtum und Initiative, Selbstständigkeit und Entschlusskraft, Verantwortungsbewusstsein und -bereitschaft, Organisationsfähigkeit und Flexibilität, Kooperation und Teamarbeit, Verhandlungsgeschick.

Umfassende kriminalpolizeiliche und -taktische Befähigung.

Fähigkeit zur leitbildorientierten Mitarbeiterführung.

Erwartet werden die Beachtung der Grundsätze des Gender Mainstreaming und ein gleichstellungsorientiertes Führungsverhalten.

Im Rahmen des Förderprogrammes der rheinland-pfälzischen Landesregierung besteht an Bewerbungen von Frauen besonderes Interesse. Aufgrund bestehender Unterrepräsentanz in Führungspositionen werden sie bei

gleicher Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung ebenfalls bevorzugt berücksichtigt.

Der ausgeschriebene Dienstposten ist teilzeitgeeignet.

Bewerbungen werden **innerhalb von drei Wochen nach der Veröffentlichung** dieser Stellenausschreibung schriftlich **auf dem Dienstweg** erbeten an das

Polizeipräsidium Trier
Referat PV 3 (Personal)
Salvianstraße 9
54290 Trier

oder elektronisch (eine zusammenhängende PDF-Datei, maximal 5 MB) an

pptrier.pv3.bewerbungen@polizei.rlp.de

Im Fall einer elektronischen Bewerbung bitten wir die Leitung der eigenen Organisationseinheit und die Leitung der betr. Direktion bzw. des Führungsstabs nachrichtlich zu beteiligen.

2769.

Bei dem POLIZEIPRÄSIDIUM TRIER / Abteilung Polizeieinsatz / Führungsstab / Stabsbereich 2 / Sachbereich 22 „Kraftfahrzeugwesen“ ist zum 1. Februar 2019 die Stelle

der Leiterin / des Leiters

zu besetzen. Im Rahmen eines Wissenstransfers ist zunächst eine dreimonatige Einweisung in der Funktion durch den bisherigen Stelleninhaber ab dem 1. November 2018 vorgesehen. Die ausgeschriebene Stelle ist nach der Besoldungsgruppe A 13 (3. Einstiegsamt) bewertet.

Um diese Stelle können sich Beamtinnen und Beamte der Schutz- und Kriminalpolizei bewerben, die sich mindestens in einem Amt der Besoldungsgruppe A 11 befinden. Bewerber / innen der Kriminalpolizei erklären mit Abgabe ihrer Bewerbung ihr Einverständnis zum Spartenwechsel im Falle des Obsiegens im Stellenbesetzungsverfahren.

Aufgabenbeschreibung:

- Führung des Sachbereichs,
- Dienst- und Fachaufsicht über die nachgeordneten Mitarbeiter,
- Erarbeitung und Mitwirkung bei der Umsetzung von Lösungsvorschlägen zur Einsatzplanung und -vorbereitung,
- Beratung der Führungskräfte bezüglich der Verwendung von Führungs- und Einsatzmitteln,
- Verwaltung zugewiesener Haushaltsmittel gemäß Landeshaushaltsordnung,
- Fuhrparkmanagement beim Polizeipräsidium Trier, insbesondere Planung und Durchführung der Beschaffungsmaßnahmen, Fuhrparkcontrolling und

Vermarktung ausgedienter
Dienstfahrzeuge.

Anforderungsprofil:

Bewerberinnen können sich Beamten und Beamte mit der Befähigung für das dritte Einstiegsamt, die über einen Abschluss des Studiums an der Hochschule der Polizei oder über einen Abschluss der Aufstiegsausbildung verfügen.

Vierjährige Verwendung in der entsprechenden Laufbahn.

Herausragende Befähigungen:

Fachkompetenz, Auffassungsgabe und Denk- und Urteilsvermögen, Einfallsreichtum und Initiative, Selbstständigkeit und Entschlusskraft, Verantwortungsbewusstsein und –bereitschaft, Organisationsfähigkeit und Flexibilität, Kooperation und Teamarbeit, Verhandlungsgeschick.

Erwartet werden Kenntnisse im Bereich Haushalt und Kraftfahrzeugwesen, die Fähigkeit zur leistungsfähigen Mitarbeiterführung, die Beachtung der Grundsätze des Gender Mainstreaming und ein gleichstellungsorientiertes Führungsverhalten.

Im Rahmen des Förderprogrammes der rheinland-pfälzischen Landesregierung besteht an Bewerbungen von Frauen besonderes Interesse. Aufgrund bestehender Unterrepräsentanz in Führungspositionen werden sie bei gleicher Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 des Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Schwerbehinderte Bewerberinnen oder Bewerber werden bei entsprechender Eignung ebenfalls bevorzugt berücksichtigt.

Der ausgeschriebene Dienstposten ist teilzeitgeeignet.

Bewerbungen werden **innerhalb von drei Wochen nach der Veröffentlichung** dieser Stellenausschreibung schriftlich erbeten an das

**Polizeipräsidium Trier
Referat PV 3 (Personal)
Salviastraße 9
54290 Trier**

oder elektronisch (eine zusammenhängende PDF-Datei, maximal 5 MB) an

pptrier.pv3.bewerbungen@polizei.rlp.de

2770.

Bei der HOCHSCHULE DER POLIZEI RHEINLAND-PFALZ sind zum nächstmöglichen Zeitpunkt mehrere Stellen als

**Trainer / -in
für Informations- und
Kommunikationssysteme**

zu besetzen.

Das Referat ist zuständig für die landesweite IT-Aus- und Fortbildung der Polizei Rheinland-Pfalz.

Folgende Aufgabenschwerpunkte gehören zum Arbeitsfeld der künftigen Stelleninhaberinnen bzw. Stelleninhaber:

- Vorbereitung und Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen im Bereich der Informations- und Kommunikationssysteme
- Bereitschaft zur Ausbildung und Mitwirkung bei der Anwendung von Methoden, Hilfsmitteln, Techniken und Kompetenzen im Rahmen der Entwicklung und Fortschreibung von IT-Produkten
- Test von IT-Anwendungen
- Umsetzung fachspezifischer Inhalte des Lehr- und Ausbildungsplans für das Grundlagentraining (Funkausbildung)
- Unterstützung bei der Durchführung von Einstellungstests in Personalauswahlverfahren.

Bildungsabschluss:

Bewerberinnen können sich Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte mit der Befähigung für das dritte Einstiegsamt. Eine mindestens zweijährige Erfahrung in der polizeilichen Sachbearbeitung wird vorausgesetzt.

Anforderungen:

- Hohe Fachkompetenz
- Gutes Denk- und Urteilsvermögen
- Stark ausgeprägtes schriftliches und mündliches Ausdrucksvermögen
- Einfallsreichtum und Initiative
- Selbstständigkeit und Entschlusskraft
- Hohe Verantwortungsbereitschaft, -bewusstsein
- Belastbarkeit und Flexibilität
- Teamarbeit und Verhandlungsgeschick
- Gute Kenntnisse in den polizeilichen RIVAR-Anwendungen (POLADIS, POLIS.net, u. a.)

Erfahrungen in einer Lehrtätigkeit sind wünschenswert.

Erwartet werden weiterhin:

- die Bereitschaft, sich ständig in neu entwickelte oder zum Einsatz kommende Programme einzuarbeiten und diese zu beschulen
- die Bereitschaft, in Einzelfällen auch an anderen Standorten der Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz zu beschulen

Wir bieten:

- eine abwechslungsreiche, vielfältige Tätigkeit
- in einem interdisziplinären Team
- mit hoher Eigeninitiative und vielfältigen Entwicklungsmöglichkeiten
- mit Bezug zur polizeilichen Praxis

Sonstiges:

Da eine Schwächung des Wechselschichtdienstes grundsätzlich vermieden werden soll, sind wir an Bewerbungen von geeigneten eingeschränkt dienstfähigen Polizeibeamtinnen / -beamten besonders interessiert.

Die Stelle ist teilzeitgeeignet und soll bei Teilzeitvariante in der Summe zu 100 Prozent besetzt werden. Interessierte Bewerber- / innen werden gebeten, in ihrer Bewerbung den Prozentsatz der gewünschten Arbeitszeit anzugeben.

Da wir eine Erhöhung des Frauenanteils anstreben, werden Frauen bei Vorlage von Unterrepräsentanz bei gleicher Eignung, Leistung und Befähigung nach Maßgabe des LGG Rheinland-Pfalz vorrangig berücksichtigt.

Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten, die durch Familienarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit erworben wurden, werden bei der Beurteilung der Qualifikation im Rahmen des § 8 Abs. 1 Landesgleichstellungsgesetzes berücksichtigt.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Die Personalauswahl wird neben der notwendigen dienstlichen Beurteilung auch auf ein Vorstellungsgespräch sowie eine Präsentation gestützt.

Bewerbung:

Für fachliche Rückfragen stehen Ihnen Herr Ralf Müllen (Tel.: 06543 985-217) gerne zur Verfügung.

Aussagekräftige Bewerbungen mit detaillierten Angaben zum bisherigen beruflichen Werdegang - in tabellarischer Form - bitte ich **bis spätestens 20. Juli 2018** an folgende Adresse zu richten:

**Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz
Referat 43 - Personal / Soziales -
Postfach 11 11
55482 Hahn-Flughafen**

2771.

Die STADT BOPPARD sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt

eine / n Systemadministrator / in.

Es handelt sich um eine unbefristete Vollzeitstelle mit 39 Stunden pro Woche.

Das Aufgabengebiet umfasst u. a. die folgenden Tätigkeiten:

- IT-Planung, Ausschreibung und Beschaffung
- Aufbau, Installation und Wartung von IT-Arbeitsplätzen
- Analyse und Behebung von Systemstörungen
- Betreuung, Optimierung und Weiterentwicklung von IT-Infrastruktur und Internetpräsenz
- Beschaffung, Einrichtung und Verwaltung von Telekommunikationsanlagen
- First- und Second-Level-Support für Verwaltung und Außenstellen
- Betreuung der Fach- und Office-Anwendungen
- Administration von mobilen Endgeräten

Anforderungsprofil:

- Abgeschlossene IT-orientierte Hochschulausbildung oder abgeschlossene Berufsausbildung in einem IT-Beruf oder im Rahmen einer der ausgeschriebenen Tätigkeit entsprechenden Berufserfahrung erworbene entsprechende Fertigkeiten und Kenntnisse
- gute Kenntnisse und Erfahrung in der Administration der IT-Infrastruktur unter Windows (Server 2012R2/2016, Windows 7/10), Citrix-Terminalserveranwendungen und Telekommunikationstechnologie
- Teamfähigkeit und Flexibilität in der Arbeitszeit (im Bedarfsfall auch

- außerhalb der üblichen Dienstzeiten bzw. am Wochenende)
- wünschenswert sind Berufserfahrung sowie Verwaltungserfahrung

Die Entlohnung erfolgt nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD).

Die Stadt Boppard fördert die Gleichstellung von Frauen und Männern. Bewerbungen von Frauen werden daher besonders beachtet. Schwerbehinderte werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Lichtbild, Lebenslauf und Zeugniskopien) sind **bis zum 16. Juli 2018** zu richten an:

**Stadtverwaltung Boppard
Geschäftsbereich I
Karmeliterstraße 2
56154 Boppard**

2772.

Die VERBANDSGEMEINDEN GEROLSTEIN, HILLESHEIM und OBERE KYLL fusionieren zum 1. Januar 2019 zur neuen Verbandsgemeinde Gerolstein.

Bei der neuen VERBANDSGEMEINDE GEROLSTEIN ist zum 1. Januar 2019 die Stelle

der hauptamtlichen Bürgermeisterin / des hauptamtlichen Bürgermeisters

zu besetzen.

Die künftige Verbandsgemeinde Gerolstein liegt im Landkreis Vulkaneifel. Der Verbandsgemeinde werden 36 Ortsgemeinden und 2 Städte mit insgesamt rd. 30.800 Einwohnern angehören. Die Stadt Gerolstein wird Sitz der Verbandsgemeindeverwaltung.

Die Bürgermeisterin / Der Bürgermeister wird am Sonntag, dem 21. Oktober 2018, unmittelbar von den wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl gewählt. Eine evtl. Stichwahl findet am Sonntag, dem 4. November 2018 statt.

Wählbar zur Bürgermeisterin / zum Bürgermeister ist, wer Deutsche / r im Sinne des Art. 116, Abs. 1 des Grundgesetzes oder Staatsangehörige / r eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union mit Wohnsitz in der Bundesrepublik ist, am Tage der Wahl das 23. Lebensjahr vollendet hat, nicht von der Wählbarkeit im Sinne des § 4 Abs. 2 des Kommunalwahlgesetzes ausgeschlossen ist. Ferner hat die Bewerberin / der Bewerber die Gewähr dafür zu bieten, dass sie / er jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt. Zur hauptamtlichen Bürgermeisterin / Zum hauptamtlichen Bürgermeister kann nicht gewählt werden, wer am Tag der Wahl das 65. Lebensjahr bereits vollendet hat.

Von den Bewerberinnen und Bewerbern wird die Bereitschaft erwartet, nach der Wahl ihren Wohnsitz in der künftigen Verbandsgemeinde Gerolstein zu nehmen.

Es erfolgt eine Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit für die Dauer von acht Jahren. Die Besoldung der Bürgermeisterin / des

Bürgermeisters ist entsprechend der Kommunalbesoldungsverordnung Rheinland-Pfalz nach der Besoldungsgruppe B 4 vorgesehen; eine Besoldung nach der Besoldungsgruppe B 5 ist frühestens nach Ablauf einer Amtszeit von zwei Jahren möglich. Neben der Besoldung wird eine Dienstaufwandsentschädigung gezahlt.

Unabhängig von einer Bewerbung auf diese Ausschreibung ist zur Teilnahme an der Wahl die Einreichung eines förmlichen, termingerechten Wahlvorschlages durch eine Partei oder Wählergruppe oder als Einzelbewerber / in nach Maßgabe des § 62 Kommunalwahlgesetzes Rheinland-Pfalz erforderlich. Förmliche Wahlvorschläge sind bis zum 3. September 2018, 18.00 Uhr, einzureichen.

Weitere Einzelheiten zur Einreichung der Wahlvorschläge ergeben sich aus der

amtlichen Wahlbekanntmachung, die spätestens am 13. August 2018 auf den Internetseiten www.gerolstein.de, www.hillesheim.de und www.oberekyll.de veröffentlicht wird.

Mit der Bewerbung kann das Einverständnis erteilt werden, die Bewerbung den politischen Parteien und Wählergruppen, die in den jetzigen Verbandsgemeinderäten vertreten sind, zur Verfügung zu stellen.

Bewerbungen mit den aussagefähigen Bewerbungsunterlagen werden **innerhalb von vier Wochen nach Veröffentlichung dieser Anzeige** (keine Ausschlussfrist!) erbeten an

**Herrn Beauftragten und Wahlleiter
Matthias Pauly
Kennwort: Bürgermeisterwahl
c/o Verbandsgemeindeverwaltung Gerolstein
Kyllweg 1
54568 Gerolstein**

Bekanntmachungen der Gerichte

2773.

Öffentliche Aufforderung

Am 31.5.2010 verstarb Ingrid Charlotte Ohlemann, geb. Both, geboren am 29.1.1936 in Schweidnitz, Kreis Passau, letzte Anschrift: Annweilerstraße 45, 76829 Landau in der Pfalz. Alle gesetzlichen Erben der ersten Ordnung haben die Erbschaft ausgeschlagen. Weitere Erben konnten nicht ermittelt werden.

Alle Personen, denen Erbrechte am Nachlass zustehen, werden aufgefordert, diese Rechte innerhalb von sechs Wochen ab Veröffentlichung beim Nachlassgericht Landau in der Pfalz anzumelden, andernfalls wird gemäß § 1964 BGB festgestellt, dass ein anderer Erbe als der Fiskus des Landes Rheinland-Pfalz nicht vorhanden ist. Die Rechte vorhandener Erben am Nachlass bleiben durch die gerichtliche Feststellung unberührt.

Landau, den 20. Juni 2018

- 2 VI 498/18 - Das Amtsgericht

2774.

Beschluss

Der Beschluss vom 26. März 2018 wird dahingehend berichtigt, dass es 20.000,- EUR (anstelle DM) heißen muss.

Ludwigshafen, den 19. Juni 2018

- 14 UR II 27/17 - Das Amtsgericht

Ausschließungsbeschlüsse / Ausschlussurteile

2775.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 6102215, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bernkastel-Kues Gemarkung Andel Blatt 2420 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 17.792,96 EUR wird für kraftlos erklärt.

Bernkastel-Kues, den 20. Juni 2018

- 4b UR II 10/17 - Das Amtsgericht

2776.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bingen am Rhein Gemarkung Appenheim Blatt 939 in Abteilung III Nr. 4 eingetragene Grundschuld zu 2000,- DM mit 10 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Bingen am Rhein, den 19. Juni 2018

- 30 UR II 25/17 - Das Amtsgericht

2777.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bingen am Rhein Gemarkung Ober-Ingelheim Blatt 5375 in Abteilung III Nr. 3 eingetragene Grundschuld zu 150.000,- DM mit 15 % Zinsen jährlich und der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bingen am Rhein Gemarkung Ober-Ingelheim Blatt 5380 in Abteilung III Nr. 3 eingetragene Grundschuld zu 150.000,- DM mit 15 % Zinsen jährlich werden für kraftlos erklärt.

Bingen am Rhein, den 13. Juni 2018

- 30 UR II 27/17 - Das Amtsgericht

2778.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief, Gruppe 6, Briefnummer 150966, über den Teilbetrag von 38.000,- DM über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bitburg Gemarkung Karlshausen Blatt 683 in Abteilung III Nr. 1 (vorher Blatt 362) eingetragene Grundschuld zu 75.000,- DM nebst 12 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Bitburg, den 6. Juni 2018

- 5 UR II 19/17 - Das Amtsgericht

2779.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief (Gruppe 02, Briefnummer 1735471) über die im Grundbuch des Amtsgerichts Koblenz Gemarkung Koblenz Blatt 6053 in Abteilung III Nr. 9 eingetragene Grundschuld zu 100.000,- EUR (Eingetragene Berechtigte: Frau Hildegard Bröder geb. Wetzel, geb. am 10. 11. 1932) wird für kraftlos erklärt.

Koblenz, den 14. Juni 2018

- 142 UR II 22/16 - Das Amtsgericht

2780.

Ausschließungsbeschluss: Das Sparbuch der Sparkasse Koblenz, ausgestellt für das Konto 301046397, Sparbuchberechtigter laut Eintrag: Herr Mario Moraschi, zuletzt wohnhaft Mailand/Italien, wird für kraftlos erklärt.

Koblenz, den 18. Juni 2018

- 152 UR II 50/15 - Das Amtsgericht

2781.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Koblenz Gemarkung Vallendar Blatt 4722 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 200.000,- DM wird für kraftlos erklärt.

Koblenz, den 18. Juni 2018

- 161 UR II 2/18 - Das Amtsgericht

2782.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief, Gruppe 6, Briefnummer 142387, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Landau in der Pfalz Gemarkung Arzheim Blatt 1074 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 11.300,- DM mit 10 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Landau, den 11. Juni 2018

- 1 UR II 25/17 - Das Amtsgericht

2783.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 3174107, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Landau in der Pfalz Gemarkung Edenkoben Blatt 1009 in Abteilung III Nr. 4 eingetragene Grundschuld zu 41.500,- DM mit 10 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Landau, den 11. Juni 2018

- 1 UR II 33/17 - Das Amtsgericht

2784.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Ludwigshafen Gemarkung Limburgerhof Blatt 921 in Abteilung III Nr. 3 eingetragene Grundschuld zu 25.000,- DM wird für kraftlos erklärt.

Ludwigshafen, den 14. Juni 2018

- 14 UR II 25/17 - Das Amtsgericht

2785.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Ludwigshafen Gemarkung Dannstadt Blatt 4034 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 53.000,- DM wird für kraftlos erklärt.

Ludwigshafen, den 14. Juni 2018

- 14 UR II 36/17 - Das Amtsgericht

2786.

Ausschließungsbeschluss: Der Gläubiger der im Grundbuch des Amtsgerichts Ludwigshafen Gemarkung Friesenheim Blatt 3492 in Abteilung III Nr. 2 eingetragenen Sicherungshypothek zu 1000,- Goldmark wird mit seinen Rechten ausgeschlossen.

Ludwigshafen, den 14. Juni 2018

- 14 UR II 37/17 - Das Amtsgericht

2787.

Ausschließungsbeschluss: Das Sparbuch der Sparkasse Vorderpfalz, Sparbuchnummer 3410067841, ausgestellt für das Konto 932582, Sparbuchberechtigter laut Eintrag: Herr Martin Will, Ebernburgstraße 78, 67065 Ludwigshafen am Rhein, wird für kraftlos erklärt.

Ludwigshafen, den 14. Juni 2018

- 14 UR II 40/17 - Das Amtsgericht

2788.

Ausschließungsbeschluss: Der Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Mainz Gemarkung Bretzenheim Blatt 4332 in Abteilung III Nr. 5 eingetragene Grundschuld zu 12.200,- DM mit 10 % Zinsen jährlich wird für kraftlos erklärt.

Mainz, den 7. Juni 2018

- 73 UR II 75/17 - Das Amtsgericht

2789.

Ausschließungsbeschluss: Das Sparbuch der Sparkasse Donnerstag, Sparbuchnummer 307164327, ausgestellt für das Konto 307164327, Sparbuchberechtigter laut Eintrag: Frau Frida Bolschakowa, zul. wh. Pestalozzistraße 35, 67304 Eisenberg, wird für kraftlos erklärt.

Rockenhausen, den 18. Juni 2018

- 3 UR II 5/18 - Das Amtsgericht

Aufgebote

2790.

Herr Karl Heinz Jürgen Wolf, Friedrichstraße 56, 57562 Herdorf, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Betzdorf Gemarkung Herdorf Blatt 2508 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 14.600,- DM mit 10 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Bausparkasse Mainz Aktiengesellschaft in Mainz.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 15. Oktober 2018** vor dem Amtsgericht Betzdorf anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Betzdorf, den 15. Juni 2018

- 41 UR II 26/17 - Das Amtsgericht

2791.

Herr Georg Gruber, Binger Straße 228, 55218 Ingelheim am Rhein, hat den Antrag auf Ausschluss unbekannter Grundpfandrechtsgläubiger bei Gericht eingereicht. Bei dem Grundpfandrecht handelt es sich um die im Grundbuch des Amtsgerichts Bingen am Rhein Gemarkung Appenheim Blatt 939. Bezeichnung: Landwirtschaftsfläche, Vor dem Berg, in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Sicherungshypothek zu 750,- Goldmark. Eingetragener Grundpfandrechtsgläubiger laut Grundbucheintrag: a) Witwe Hermann Lazarus I. Berta Lazarus, geb. Levy in Appenheim; b) Frau Erna Lazarus daselbst und c) Ehefrau von Gärtner Simon Grünwald Ida Grünwald, geb. Lazarus in Rheinböllen. Weiterhin handelt es sich um die im Grundbuch des Amtsgerichts Bingen am Rhein Gemarkung Appenheim Blatt 939. Bezeichnung: Landwirtschaftsfläche, Vor dem Berg, in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Sicherungshypothek zu 705,- Goldmark. Eingetragener Grundpfandrechtsgläubiger laut Grundbucheintrag: Witwe Hermann Lazarus 2., Lotte geborene Lachenbruch in Appenheim.

Die Grundpfandrechtsgläubiger werden aufgefordert, ihre Rechte **spätestens bis zu dem 19. Oktober 2018** vor dem Amtsgericht Bingen anzumelden, da ansonsten ihre Ausschließung der Gläubigerrechte erfolgen und der Grundstückseigentümer das Grundpfandrecht erwerben kann.

Die Grundpfandrechtsgläubiger werden aufgefordert, ihre Rechte **spätestens bis zu dem 19. Oktober 2018** vor dem Amtsgericht Bingen anzumelden, da ansonsten ihre Ausschließung der Gläubigerrechte erfolgen und der Grundstückseigentümer das Grundpfandrecht erwerben kann.

Bingen, am Rhein, den 19. Juni 2018

- 30 UR II 30/17 - Das Amtsgericht

2792.

Die Aareal Bank AG, Paulinenstraße 15, 65189 Wiesbaden, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Bingen am Rhein Gemarkung Weiler (bei Bingen) Blatt 2436 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 277.600,- DM mit 16 % Zinsen jährlich sowie 10 % Nebenleistungen. Eingetragener Berechtigter: Deutsche Bau- und Bodenbank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 15. Oktober 2018** vor dem Amtsgericht Bingen am Rhein anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Bingen am Rhein, den 13. Juni 2018

- 30 UR II 6/18 - Das Amtsgericht

2793.

Die Sparda-Bank Südwest eG (vormals Sparda-Bank Mainz eG), Robert-Koch-Straße 45, 55129 Mainz, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Koblenz Gemarkung Waldesch Blatt 1844 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 310.000,- DM. Eingetragener Berechtigter (nach Abtretung): Sparda-Bank Mainz eG, 55129 Mainz.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 18. Oktober 2018** vor dem Amtsgericht Koblenz anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Koblenz, den 18. Juni 2018

- 152 UR II 18/18 - Das Amtsgericht

2794.

Herr Peter Willi Stubbe, geboren am 5. 7. 1966, Am Hellengraben 30, 56182 Urbar, hat den Antrag auf Kraftloserklärung mehrerer abhanden gekommener Urkunden bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief (Gruppe 01, Briefnummer 5242593) über die im Grundbuch des Amtsgerichts Koblenz Gemarkung Arzheim Blatt 1594 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 150.000,- DM mit 12 % Zinsen jährlich sowie 6 % Nebenleistung einmalig. Eingetragene Berechtigte: Sparkasse Koblenz in Koblenz. Des Weiteren handelt es sich um den Grundschuldbrief (Gruppe 02, Briefnummer 5242594) über die im Grundbuch des Amtsgerichts Koblenz Gemarkung Arzheim Blatt 1594 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Grundschuld zu 30.000,- DM mit 15 % Zinsen jährlich und 5 % Nebenleistung.

tung einmalig. Eingetragene Berechtigte: Sparkasse Koblenz in Koblenz. Weiterhin handelt es sich um den Grundschuldbrief (Gruppe 02, Briefnummer 5242595) über die im Grundbuch des Amtsgerichts Koblenz Gemarkung Arzheim Blatt 1594 in Abteilung III Nr. 3 eingetragene Grundschuld zu 35.500,- DM mit 12 % Zinsen jährlich. Eingetragene Berechtigte: Sparkasse Koblenz in Koblenz. Auch handelt es sich um den Grundschuldbrief (Gruppe 02, Briefnummer 09961353) über die im Grundbuch des Amtsgerichts Koblenz Gemarkung Arzheim Blatt 1594 in Abteilung III Nr. 7 eingetragene Grundschuld zu 75.000,- DM mit 15 % Zinsen jährlich und 5 % Nebenleistung einmalig. Eingetragene Berechtigte: BWV-Bank für Wirtschaft und Verkehr- Volksbank eingetragene Genossenschaft in Koblenz.

Der Inhaber bzw. die Inhaber der Grundschuldbriefe wird / werden aufgefordert, seine / ihre Rechte **spätestens bis zu dem 18. Oktober 2018** vor dem Amtsgericht Koblenz anzumelden und die Urkunden vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung der Briefe erfolgen wird.

Koblenz, den 18. Juni 2018

- 412 UR II 20/18 - Das Amtsgericht

2795.

Frau Waltraud Bocker, An der Ziegelhütte 10, 76829 Landau in der Pfalz, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Hypothekenbrief, Gruppe 01, Briefnummer 0090238, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Landau in der Pfalz Gemarkung Landau Blatt 5187 in Abteilung III Nr. 4 eingetragene Hypothek zu 72.000,- DM mit 9,75 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Allianz Lebensversicherungs AG in Berlin und München jetzt Allianz Versicherungs-Aktiengesellschaft in München.

Der Inhaber des Hypothekenbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 8. Oktober 2018** vor dem Amtsgericht Landau in der Pfalz anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Landau, den 8. Juni 2018

- 1 UR II 6/18 - Das Amtsgericht

2796.

Die Ortsgemeinde Rheinbrohl, Kirchstraße 6, 56598 Rheinbrohl, hat den Antrag auf Ausschließung der Eigentümer eines Grundstücks bei Gericht eingereicht. Betroffen ist das Grundstück: Amtsgericht Linz am Rhein Gemarkung Rheinbrohl Blatt 5195. Bezeichnung: lfd. Nr. 1 Flur 24 Nr. 173, Landw.-Fläche, unten auf'm Rohr, 2,32 Ar. Eigentümer laut Grundbucheintrag: Herr Johann Reuschenbach und Frau Christine Reuschenbach geb. Breisig; letzter bekannter Wohnsitz der Grundstückseigentümer: Kirchstraße 72, 56598 Hammerstein.

Die im Grundbuch eingetragenen Eigentümer werden aufgefordert, ihre Eigentümerrechte **spätestens bis zu dem 15. Oktober 2018** vor dem Amtsgericht Linz am Rhein anzumelden, da ansonsten die Ausschließung ihrer Rechte als Eigentümer erfolgen wird.

Linz, den 15. Juni 2018

- 5a UR II 11/18 - Das Amtsgericht

2797.

Frau Roswitha Wiegner, Schlossstraße 22, 56626 Andernach, hat den Antrag auf Ausschluss unbekannter Grundpfandrechtsgläubiger bei Gericht eingereicht. Bei dem Grundpfandrecht handelt es sich um die im

Grundbuch des Amtsgerichts Ludwigshafen Gemarkung Friesenheim Blatt 1863 in Abteilung III Nr. 2 eingetragene Sicherungshypothek zu 296,15 Goldmark. Eingetragener Grundpfandrechtsgläubiger laut Grundbucheintrag: Herr Friedrich Gerhard, Kaufmann, letzter bekannter Wohnsitz des Grundpfandrechtsgläubigers im Jahre 1926: Ludwigshafen.

Die Grundpfandrechtsgläubiger werden aufgefordert, ihre Rechte **spätestens bis zu dem 15. Oktober 2018** vor dem Amtsgericht Ludwigshafen am Rhein anzumelden, da ansonsten ihre Ausschließung der Gläubigerrechte erfolgen und der Grundstückseigentümer das Grundpfandrecht erwerben kann.

Ludwigshafen, den 14. Juni 2018

- 14 UR II 11/18 - Das Amtsgericht

2798.

Herr Stephan Möhring, Ringstraße 16, 67141 Neuhofen, und Herr Oliver Möhring, Ringstraße 16, 67141 Neuhofen, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um das Sparbuch der Hypovereinsbank Speyer, ausgestellt für das Konto 215804755. Das Sparbuch lautet auf: Frau Möhring, Anna Renate, geb. Arlt, geb. 19. 6. 1939, verstorben 16. 9. 2017, zuletzt wohnhaft Ringstraße 16, Neuhofen.

Der Inhaber des Sparbuchs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 10. Oktober 2018** vor dem Amtsgericht Ludwigshafen am Rhein anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Sparbuches erfolgen wird.

Ludwigshafen, den 14. Juni 2018

- 14 UR II 12/18 - Das Amtsgericht

2799.

1. Herr Siegfried Thomann, Kafkaweg 9, 55127 Mainz, und Frau Anita Elisabeth Karola Thomann, Kafkaweg 9, 55127 Mainz, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Mainz Gemarkung Hechtsheim Blatt 6070 in Abteilung III Nr. 3 eingetragene Grundschuld zu 121.226,08 DM mit 15 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Sparkasse Mainz, Mainz.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 14. September 2018** vor dem Amtsgericht Mainz anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird. 2. Der Gegenstandswert wird auf 15.495,48 EUR (25 % des Wertes des Grundpfandrechts) festgesetzt.

Mainz, den 14. Juni 2018

- 73 UR II 46/18 - Das Amtsgericht

2800.

Herr Berthold Wirth, Römerstraße 79 A, 56337 Kadenbach, und Frau Elisabeth Charlotte Wirth, Römerstraße 79 A, 56337 Kadenbach, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Teil-Grundschuldbrief, Gruppe 03, Briefnummer 00505691, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Montabaur Gemarkung Kadenbach Blatt 1198 in Abteilung III Nr. 1B eingetragene Grundschuld zu 25.200,- DM mit 15 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Debeka Krankenversicherungsverein auf Gegenseitigkeit, 5400 Koblenz.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 11. Oktober 2018** vor dem Amtsgericht Montabaur anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Montabaur, den 11. Juni 2018

- 19a UR II 14/18 - Das Amtsgericht

2801.

Herr Herbert Thomas Thielen, In der Nosheck 1, 54589 Stadtkyll-Schönfeld, und Frau Maria Magdalene Thielen, In der Nosheck 1, 54589 Stadtkyll-Schönfeld, haben den Antrag auf Ausschluss unbekannter Grundpfandrechtsgläubiger bei Gericht eingereicht. Bei dem Grundpfandrecht handelt es sich um die im Grundbuch des Amtsgerichts Prüm Gemarkung Schönfeld Blatt 205. Bezeichnung: Landwirtschaftsfläche Zwischen den Seifen, Größe: 18.969 qm in Abteilung III Nr. 3 eingetragene Sicherungshypothek zu 2000,- GM, eine Goldmark gleich dem Preise von 1/2790 kg Feingold, nebst 8 % Zinsen jährlich. Eingetragener Grundpfandrechtsgläubiger laut Grundbucheintrag: Herr Dipl.-Ingenieur Josef Meuer zu Wasserburg.

Der Grundpfandrechtsgläubiger wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 26. Oktober 2018** vor dem Amtsgericht Prüm anzumelden, da ansonsten die Ausschließung der Gläubigerrechte erfolgen und der Grundstückseigentümer das Grundpfandrecht erwerben kann.

Prüm, den 12. Juni 2018

- 7b UR II 4/18 - Das Amtsgericht

2802.

SOS-Kinderdörfer weltweit Hermann-Gmeiner-Fonds Deutschland e.V., Ridlerstraße 55, 80339 München, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Sinzig Gemarkung Oberbreisig Blatt 2356 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 15.000,- DM mit 15 % Zinsen jährlich. Eingetragener Berechtigter: Deutsche Bank Aktiengesellschaft Filiale Bonn in Bonn.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 15. Oktober 2018** vor dem Amtsgericht Sinzig anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Sinzig, den 15. Juni 2018

- 5b UR II 6/18 - Das Amtsgericht

2803.

Frau Christine Klasen, Tuckermannweg 5, 37085 Göttingen, Frau Gabriele Schäfer, Gieselbertweg 4, 48161 Münster, Herr Ulrich Schäfer, Bad Sulza Ring 5, 65520 Bad Camberg, und Frau Angela Willmann, Ährenflur 23, 54329 Konz, haben den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Urkunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um den Grundschuldbrief, Gruppe 02, Briefnummer 4501882, über die im Grundbuch des Amtsgerichts Trier Gemarkung Sankt Matthias Blatt 13787 in Abteilung III Nr. 1 eingetragene Grundschuld zu 84.260,90 EUR mit 8 % Zinsen jährlich. Eingetragene Berechtigte: Beamtenheimstättenwerk, Gemeinnützige Bausparkasse für den öffentlichen Dienst Gesellschaft mit beschränkter Haftung; jetzt: BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Lubahnstraße 2, 31789 Hameln.

Der Inhaber des Grundschuldbriefs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 18. Oktober 2018** vor dem Amtsgericht Trier anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Briefes erfolgen wird.

Trier, den 18. Juni 2018

- 50A UR II 32/18 - Das Amtsgericht

2804.

Herr Alfons Strupp, Weinbergstraße 7, 54441 Wellen, hat den Antrag auf Kraftloserklärung einer abhanden gekommenen Ur-

kunde bei Gericht eingereicht. Es handelt sich um das Sparbuch der Sparkasse Trier, Sparbuchnummer 402123855, ausgestellt für das gleichnamige Konto. Das Sparbuch lautet auf: Herr Alfons Strupp, Weinbergstraße 7, 54441 Wellen.

Der Inhaber des Sparbuchs wird aufgefordert, seine Rechte **spätestens bis zu dem 19. Oktober 2018** vor dem Amtsgericht Trier anzumelden und die Urkunde vorzulegen, da ansonsten die Kraftloserklärung des Sparbuchs erfolgen wird.

Trier, den 19. Juni 2018

- 50A UR II 39/18 - Das Amtsgericht

Zwangsversteigerungsverfahren – Terminbestimmungen –

Die nachstehenden unter lfd. Nr. 2805 bis 2850 bezeichneten Grundstücke (Erbbaurechte) sollen zu den dort angegebenen Zeiten versteigert werden. In jeder dieser Zwangsversteigerungssachen erlässt das Gericht folgende Aufforderungen:

Is ein Recht im Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte es spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger oder der Antragsteller widerspricht. Andernfalls wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung der Ansprüche an Kapital, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Grundstück bezweckenden Rechtsverfolgung mit Angabe des beanspruchten Ranges schriftlich einzureichen oder zu Protokoll der Geschäftsstelle zu erklären.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks, des Erbbaurechtes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, so tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

2805.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Mittwoch, dem 5. September 2018, 9.30 Uhr**, Raum 2, Sitzungssaal, Amtsgericht Bad Kreuznach, John-F.-Kennedy-Straße 17, 55543 Bad Kreuznach, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Bad Kreuznach Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum ME-Anteil: 121/1000, Sondereigentums-Art: Wohnung Nr. 4, Blatt 21688 BV 1; an Grundstück Gemarkung Bad Kreuznach Flur 75 Flurstück Nr. 151/1, Gebäude- und Freifläche, Viktoriastraße 6, 182 m². Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Miteigentumsanteil an einem Mehrfamilienhaus verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 4 im 2. OG/DG bestehend aus 2 Zimmer, 1 Flur, 1 Bad; Wohnfläche: 30,25 qm; Verkehrswert: 26.700,- EUR; Viktoriastraße 6, 55543 Bad Kreuznach; Verkehrswert: 26.700,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 19. Juni 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Bad Kreuznach, den 14. Juni 2018

- 36 K 72/17 - Das Amtsgericht

2806.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Donnerstag, dem 27. September 2018, 10.30 Uhr**, Raum 2, Sitzungssaal, Amtsgericht Bad Kreuznach, John-F.-Kennedy-Straße 17, 55543 Bad Kreuznach, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Stromberg (Hunsrück) Gemarkung Stromberg (Hunsrück) Flur 7 Flurstück Nr. 489/2, Gebäude- und Freifläche, Eichhörnchenweg 2, 272 m², Blatt 1809 BV 2. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): eingeschossiges, nicht unterkellertes Einfamilienhaus (Doppelhaushälfte); Verkehrswert: 60.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 3. November 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Bad Kreuznach, den 8. Juni 2018

- 35 K 108/17 - Das Amtsgericht

2807.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 16. Oktober 2018, 14.00 Uhr**, Raum 106, Sitzungssaal, Amtsgericht Bad Neuenahr-Ahrweiler, Wilhelmstraße 55 - 57, 53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler, öffentlich versteigert werden.

Eingetragen im Grundbuch von Ahrweiler lfd. Nr. 1 Gemarkung Ahrweiler Flur 39 Flurstück Nr. 33/2, Park- u. Stellplatz, Unland / In der Teufenbach, 1631 m², Blatt 7398 BV 1; lfd. Nr. 2 Gemarkung Ahrweiler Flur 39 Flurstück Nr. 60, Unland, In der Teufenbach, 323 m², Blatt 7398 BV 2; lfd. Nr. 3 Gemarkung Ahrweiler Flur 39 Flurstück Nr. 36, Gebäude- und Freifläche, Waldfläche, Teufenbachsweg, Haus, Teufenbach, 5419 m², Blatt 7398 BV 3; lfd. Nr. 4 Gemarkung Ahrweiler Flur 39 Flurstück Nr. 35, Hutung, In der Teufenbach, 1569 m², Blatt 10532 BV 1; lfd. Nr. 5 Gemarkung Ahrweiler Flur 39 Flurstück Nr. 37, Landwirtschaftsfläche, Waldfläche, In der Teufenbach, 907 m², Blatt 10532 BV 3; lfd. Nr. 6 Gemarkung Ahrweiler Flur 39 Flurstück Nr. 39, Landwirtschaftsfläche, In der Teufenbach, 1228 m², Blatt 10532 BV 4; lfd. Nr. 7 Gemarkung Ahrweiler Flur 39 Flurstück Nr. 32, Waldfläche, In der Teufenbach, 1325 m², Blatt 10532 BV 5; lfd. Nr. 8 Gemarkung Ahrweiler Flur 39 Flurstück Nr. 40, Landwirtschaftsfläche, In der Teufenbach, 323 m², Blatt 10532 BV 6; lfd. Nr. 1: Es ist ein Flurbereinigungsverfahren anhängig. Verkehrswert: 8200,- EUR; lfd. Nr. 2 Verkehrswert: 0,- EUR; lfd. Nr. 3 Verkehrswert: 336.000,- EUR; lfd. Nr. 4 Verkehrswert: 628,- EUR; lfd. Nr. 5 Verkehrswert: 907,- EUR; lfd. Nr. 6 Verkehrswert: 1228,- EUR; lfd. Nr. 7 Verkehrswert: 530,- EUR; lfd. Nr. 8 Verkehrswert: 323,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 26. April 2016 bzw. 4. März 2015 in die Grundbücher eingetragen worden.

Bad Neuenahr-Ahrweiler, den 22. Juni 2018

- 6 K 15/15 -

Das Amtsgericht

2808.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen **am Dienstag, dem 25. September 2018, 14.00 Uhr**, Raum 106, Sitzungssaal, Amtsgericht Bad Neuenahr-Ahrweiler, Wilhelmstraße 55 - 57, 53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler, der folgende Grundbesitz öffentlich versteigert werden.

Lfd. Nr. 1 Gemarkung Eichenbach Flur 13 Flurstück Nr. 16, Gebäude- und Freifläche/n, Ahrtalstraße, Verkehrswert: 10.600,- EUR, 231 m², Blatt 764 BV 1; lfd. Nr. 2 Gemarkung Eichenbach Flur 13 Flurstück Nr. 17/2, Gebäude- und Freifläche/n, Ahrtalstraße 27, Verkehrswert: 73.300,- EUR, 481 m², Blatt 764 BV 6; lfd. Nr. 3 Gemarkung Eichenbach Flur 13 Flurstück Nr. 18/2, Gebäude- und Freifläche/n, Ahrtalstraße 27, Verkehrswert: 51.700,- EUR, 613 m², Blatt 764 BV 7; lfd. Nr. 4 Gemarkung Eichenbach Flur 13 Flurstück Nr. 19/2, Erholungsfläche/n, Ahrtalstraße, Verkehrswert: 1000,- EUR, 637 m², Blatt 764 BV 8; lfd. Nr. 5 Gemarkung Eichenbach Flur 13 Flurstück Nr. 20/2, Erholungsfläche/n, Ahrtalstraße, Verkehrswert: 800,- EUR, 513 m², Blatt 764 BV 9.

Der Versteigerungsvermerk ist am 3. Juli 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Bad Neuenahr-Ahrweiler, den 22. Juni 2018

- 6 K 15/17 -

Das Amtsgericht

2809.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Donnerstag, dem 22. November, 10.30 Uhr**, Raum 1.6, Sitzungssaal, Amtsgericht Bernkastel-Kues, Brünigstraße 30, 54470 Bernkastel-Kues, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Gornhausen Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum lfd. Nr. 1 ME-Anteil: 11,02/100, Sondereigentums-Art an den im Aufteilungsplan mit Nr. 2 bezeichneten Wohnräumen, SE-Nr. 2, Sondernutzungsrecht an dem mit Nr. K 2 bezeichneten Kellerraum, der vor der Wohnung Nr. 2 gelegenen Treppe (im Plan braun umrandet) sowie dem mit Nr. 2 bezeichneten Kfz-Abstellplatz im Freien, Blatt 783 BV 1; lfd. Nr. 2 ME-Anteil: 22,54/100, Sondereigentums-Art an den im Aufteilungsplan mit Nr. 1 bezeichneten Wohnräumen, SE-Nr. 1, Sondernutzungsrecht an dem mit Nr. K 1 bezeichneten Kellerraum sowie dem mit Nr. 1 bezeichneten Kfz-Abstellplatz im Freien, Blatt 782 BV 1; lfd. Nr. 3 ME-Anteil: 13,70/100, Sondereigentums-Art an den im Aufteilungsplan mit Nr. 4 bezeichneten Wohnräumen, SE-Nr. 4, Sondernutzungsrecht an dem mit Nr. K 4 bezeichneten Kellerraum sowie dem mit Nr. 4 bezeichneten Kfz-Abstellplatz im Freien, Blatt 785 BV 1; an Grundstück Gemarkung Gornhausen Flur 4 Flurstück Nr. 14/1, Gebäude- und Freifläche, alte Schulstraße 8 (denkmalgeschütztes Mehrfamilienhaus, ehemalige Dorfschule), 370 m². Lfd. Nr. 1 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 6200,- EUR. Lfd. Nr. 2 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 13.000,- EUR. Lfd. Nr. 3 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 9800,- EUR. Der Zuschlag wurde in einem früheren Versteigerungstermin aus den

Gründen des § 85 a ZVG versagt mit der Folge, dass die Wertgrenzen weggefallen sind.

Der Versteigerungsvermerk ist am 21. Mai 2014 in das Grundbuch eingetragen worden.

Bernkastel-Kues, den 14. Juni 2018

- 6 K 18/14 -

Das Amtsgericht

2810.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Donnerstag, dem 22. November 2018, 10.30 Uhr**, Raum 1.6, Sitzungssaal, Amtsgericht Bernkastel-Kues, Brüningsstraße 30, 54470 Bernkastel-Kues, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Gornhausen Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum lfd. Nr. 1 ME-Anteil: 26,60/100, Sondereigentums-Art: Wohnung Nr. 5, Sondernutzungsrecht an dem Kellerraum Nr. K 5 sowie Kfz-Abstellplatz im Freien Nr. 5, Blatt 786 BV 2; lfd. Nr. 2 ME-Anteil: 26,14/100, Sondereigentums-Art: Wohnraum Nr. 3, Sondernutzungsrecht an dem Kellerraum Nr. K 3 sowie den Kfz-Abstellplätzen im Freien Nr. 6 und 7, Blatt 784 BV 2; an Grundstück Gemarkung Gornhausen Flur 4 Flurstück Nr. 14/1, Gebäude- und Freifläche, Alte Schulstraße 8, 370 m². Lfd. Nr. 1 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Wohnung im Dachgeschoss im denkmalgeschützten Mehrfamilienwohnhaus, ehemalige Dorfschule; Verkehrswert: 12.000,- EUR. Lfd. Nr. 2 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Wohnung im Obergeschoss vorn im denkmalgeschützten Mehrfamilienwohnhaus, ehemalige Dorfschule; Verkehrswert: 11.000,- EUR. Der Zuschlag wurde in einem früheren Versteigerungstermin aus den Gründen des § 85 a ZVG versagt mit der Folge, dass die Wertgrenzen weggefallen sind.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 3. Juni 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Bernkastel-Kues, den 15. Juni 2018

- 6 K 10/16 -

Das Amtsgericht

2811.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 21. August 2018, 10.30 Uhr**, Raum 1.6, Sitzungssaal, Amtsgericht Bernkastel-Kues, Brüningsstraße 30, 54470 Bernkastel-Kues, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Gutenthal lfd. Nr. 1 Gemarkung Gutenthal Flur 6 Flurstück Nr. 45/3, Erholungsfläche, Gebäude- und Freifläche, Aufm Lehnchen 11, 2546 m², Blatt 1170 BV 1; lfd. Nr. 2 Gemarkung Gutenthal Flur 6 Flurstück Nr. 48/1, Erholungsfläche, Aufm Langenstück, 853 m², Blatt 1170 BV 2; lfd. Nr. 3 Gemarkung Gutenthal Flur 6 Flurstück Nr. 49/1, Erholungsfläche, Aufm Langenstück, 771 m², Blatt 1170 BV 3. Lfd. Nr. 1 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 114.000,- EUR. Lfd. Nr. 2 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 2200,- EUR. Lfd. Nr. 3 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 8000,- EUR.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 7. Februar 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Bernkastel-Kues, den 19. Juni 2018

- 6 K 4/17 -

Das Amtsgericht

2812.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll **am Dienstag, dem 28. August 2018, 10.30 Uhr**, Raum 1.6, Sitzungssaal, Amtsgericht Bernkastel-Kues, Brüningsstraße 30, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Oberkleinich lfd. Nr. 1 Gemarkung Oberkleinich Flur 1 Flurstück Nr. 9/0, Ackerland, beim Kirschbäumchen, 8946 m², Blatt 467 BV 41; lfd. Nr. 2 Gemarkung Oberkleinich Flur 2 Flurstück Nr. 10, Ackerland, unten zu der Straße, 8471 m², Blatt 467 BV 42; lfd. Nr. 3 Gemarkung Oberkleinich Flur 2 Flurstück Nr. 25, Landwirtschaftsfläche, In den Wasserfeldern, 13.778 m², Blatt 467 BV 49; lfd. Nr. 4 Gemarkung Oberkleinich Flur 5 Flurstück Nr. 21, Ackerland, Ebenhauser Flur 1. Gewinn, 3297 m², Blatt 467 BV 44; lfd. Nr. 5 Gemarkung Oberkleinich Flur 7 Flurstück Nr. 56/1, Grünland, In der Dörrwies, 9091 m², Blatt 467 BV 45; lfd. Nr. 6 Gemarkung Oberkleinich Flur 7 Flurstück Nr. 55, Landwirtschaftsfläche / die Dörrwies, 1903 m², Blatt 467 BV 48. Eingetragen im Grundbuch von Kleinich lfd. Nr. 7 Gemarkung Kleinich Flur 7 Flurstück Nr. 26/1, Landwirtschaftsfläche / Hinter Zeizing, 2560 m², Blatt 745 BV 1; lfd. Nr. 8 Gemarkung Kleinich Flur 7 Flurstück Nr. 29/1, Landwirtschaftsfläche, Hinter Zeizing, 8125 m², Blatt 745 BV 2. Eingetragen im Grundbuch von Oberkleinich lfd. Nr. 9 Gemarkung Oberkleinich Flur 5 Flurstück Nr. 19, Landwirtschaftsfläche, Ebenhauser Flur 1. Gewinn, 5394 m², Blatt 683 BV 1; lfd. Nr. 10 Gemarkung Oberkleinich Flur 2 Flurstück Nr. 9, Ackerland, Unten an der Straße, 8338 m², Blatt 463 BV 5; lfd. Nr. 11 Gemarkung Oberkleinich Flur 5 Flurstück Nr. 20, Grünland, Ebenhauser Flur 1. Gewinn, 1784 m², Blatt 467 BV 47. Lfd. Nr. 1 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 5367,60 EUR. Lfd. Nr. 2 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 5082,60 EUR. Lfd. Nr. 3 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 1978,20 EUR. Lfd. Nr. 4 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 8266,80 EUR. Lfd. Nr. 5 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 5454,60 EUR. Lfd. Nr. 6 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 1141,80 EUR. Lfd. Nr. 7 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 1536,- EUR. Lfd. Nr. 8 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 3236,40 EUR. Lfd. Nr. 9 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 4875,- EUR. Lfd. Nr. 10 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 5002,80 EUR. Lfd. Nr. 11 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 1070,40 EUR.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 25. September 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Bernkastel-Kues, den 19. Juni 2018

- 6 K 31/17 -

Das Amtsgericht

2813.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 14. August 2018, 10.30 Uhr**, Raum 1.6, Sitzungssaal, Amtsgericht Bernkastel-Kues, Brüningsstraße 30, 54470 Bernkastel-Kues, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Odert 1/2-Anteil an lfd. Nr. 1 Gemarkung Odert Flur 2 Flurstück Nr. 43, Gebäude- und Freifläche, Blasiusstraße 30,

633 m², Blatt 518. Eingetragen im Grundbuch von Odert 1/2-Anteil an lfd. Nr. 2 Gemarkung Odert Flur 2 Flurstück Nr. 43, Gebäude- und Freifläche, Blasiusstraße 30, 633 m², Blatt 518. Lfd. Nr. 1 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 42.500,- EUR. Lfd. Nr. 2 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 42.500,- EUR.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 1. September 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Bernkastel-Kues, den 13. Juni 2018

- 6 K 34/17 -

Das Amtsgericht

2814.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 23. Oktober 2018, 14.15 Uhr**, Raum 109, Sitzungssaal, Amtsgericht Betzdorf, Friedrichstraße 17, 57518 Betzdorf, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Wingendorf lfd. Nr. 1 Gemarkung Wingendorf Flur 7 Flurstück Nr. 201/3, Erholungsfläche, Unter dem Sametswald 7, 151 m², Blatt 531 BV 4; lfd. Nr. 2 Gemarkung Wingendorf Flur 7 Flurstück Nr. 200/2, Gebäude- und Freifläche, Unter dem Sametswald 7, 171 m², Blatt 531 BV 3. Lfd. Nr. 1 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 2500,- EUR. Lfd. Nr. 2 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Einfamilienwohnhaus; Verkehrswert: 73.200,- EUR. Der Zuschlag wurde in einem früheren Versteigerungstermin aus den Gründen des § 85 a ZVG versagt mit der Folge, dass die Wertgrenzen weggefallen sind.

Der Versteigerungsvermerk ist am 18. August 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Betzdorf, den 14. Juni 2018

- 14 K 70/17 -

Das Amtsgericht

2815.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 21. August 2018, 11.00 Uhr**, Raum 128, Sitzungssaal, Amtsgericht Bitburg, Gerichtsstraße 2/4, 54634 Bitburg, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Budesheim Gemarkung Budesheim Flur 3 Flurstück Nr. 68/2, Gebäude- und Freifläche, Schusterweg 4, 344 m², Blatt 1257 BV 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Grundstück bebaut mit zweigeschossigem Wohnhaus, Scheunengebäude mit Garage; Verkehrswert: 86.000,- EUR.

Weitere Informationen unter www.zvrlp.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 18. Juli 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Bitburg, den 13. Juni 2018

- 10 K 43/17 -

Das Amtsgericht

2816.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 21. August 2018, 10.00 Uhr**, Raum 128, Sitzungssaal, Amtsgericht Bitburg, Gerichtsstraße 2/4, 54634 Bitburg, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Badem Gemarkung Badem Flur 39 Flurstück Nr. 36, Gebäude und Freifläche, Erholungsfläche, Erdorfer Straße 14, 596 m², Blatt 1731 BV 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 10.000,- EUR.

bung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Grundstück, bebaut mit einem Einfamilienhaus mit Garage/Remise; Verkehrswert: 72.000,- EUR.

Weitere Informationen unter www.zvrlp.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 7. September 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Bitburg, den 14. Juni 2018

- 10 K 61/17 - Das Amtsgericht

2817.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am **Donnerstag, dem 23. August 2018, 11.00 Uhr**, Raum 128, Sitzungssaal, Amtsgericht Bitburg, Gerichtsstraße 2/4, 54634 Bitburg, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Lichtenborn lfd. Nr. 1 Gemarkung Lichtenborn Flur 3 Flurstück Nr. 494/47, Grünland, Im Lichtenborn, 204 m², Blatt 357 BV 32; lfd. Nr. 2 Gemarkung Lichtenborn Flur 3 Nr. 493/47, Grünland, Im Lichtenborn, 1956 m², Blatt 357 BV 70. Lfd. Nr. 1 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 2890,- EUR. Lfd. Nr. 2 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 26.826,- EUR.

Weitere Informationen unter www.zvrlp.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 31. Januar 2018 in das Grundbuch eingetragen worden.

Bitburg, den 13. Juni 2018

- 10 K 8/18 - Das Amtsgericht

2818.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am **Donnerstag, dem 23. August 2018, 10.00 Uhr**, Raum 128, Sitzungssaal, Amtsgericht Bitburg, Gerichtsstraße 2/4, 54634 Bitburg, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Spangdahlem Gemarkung Spangdahlem Flur 52 Flurstück Nr. 207, Gebäude- und Freifläche, Kirchgasse 3, 197 m², Blatt 2495 BV 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Einfamilienhaus; zweigeschossig; teilunterkellert; freistehend; Dachgeschoss nicht ausgebaut; Verkehrswert: 64.700,- EUR.

Weitere Informationen unter www.zvrlp.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 26. März 2018 in das Grundbuch eingetragen worden.

Bitburg, den 13. Juni 2018

- 10 K 24/18 - Das Amtsgericht

2819.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am **Montag, dem 24. September 2018, 10.15 Uhr**, Raum 200, Sitzungssaal, Amtsgericht Cochem, Ravenstraße 39, 56812 Cochem, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Alf lfd. Nr. 1 Gemarkung Alf Flur 5 Flurstück Nr. 1173/1, Gebäude- und Freifläche, Wohnen mit Gewerbe und Industrie, Ferdinand-Remy-Straße 7, 117 m², Blatt 2373 BV 1; lfd. Nr. 2 Gemarkung Alf Flur 5 Flurstück Nr. 1172/4, Gebäude- und Freifläche, Wohnen mit Gewerbe und Industrie, Ferdinand-Remy-Straße, 128 m², Blatt 2373 BV 2; lfd. Nr. 3 Gemarkung Alf Flur 5 Flurstück Nr. 1164/6, Parkplatz, Schmiedegasse, 70 m², Blatt 2373 BV 3. Lfd. Nr. 1 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Die Grundstücke befinden

sich in zentraler Lage von Alf. Sie liegen nebeneinander. Das Flurstück 1173/1 ist mit einem 3 - 4-geschossigen Ein-/Zweifamilienhaus mit Einliegerbereichen aus ca. 1896 bebaut. Im Wohnhaus sind gesamt rd. 290,00 qm Wohn-/Nutzfläche nach Archivunterlagen vorhanden; Verkehrswert: 130.000,- EUR. Lfd. Nr. 2 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Das Flurstück 1172/4 ist mit einem 3-geschossigen Einfamilienwohnhaus mit Einliegerbereichen im Umbau aus ca. 1896 bebaut. Im Wohnhaus sind insgesamt rd. 300,00 qm Wohn-/Nutzfläche nach Archivunterlagen vorhanden; Verkehrswert: 54.000,- EUR. Lfd. Nr. 3 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Das Flurstück 1164/6 ist ein Stellplatz-/Lagergrundstück; Verkehrswert: 3400,- EUR. Der Zuschlag wurde in einem früheren Versteigerungstermin aus den Gründen des § 85 a ZVG versagt mit der Folge, dass die Wertgrenzen weggefallen sind.

Weitere Informationen und Bilder unter www.hanmark.de ab 4 Wochen vor dem Termin.

Der Versteigerungstermin ist am 16. September 2014 in das Grundbuch eingetragen worden.

Cochem, den 18. Juni 2018

- 1 K 28/14 - Das Amtsgericht

2820.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am **Montag, dem 27. August 2018, 10.15 Uhr**, Raum 200, Sitzungssaal, Amtsgericht Cochem, Ravenstraße 39, 56812 Cochem, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Kaisersesch Gemarkung Kaisersesch Flur 5 Flurstück Nr. 523/8, Gebäude- und Freifläche, Amselweg 1, 930 m², Blatt 2597 BV 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Zweifamilienhaus (zweigeschossig, unterkellert, zu Wohnzwecken ausgebaut Dachgeschoss, nicht ausgebauter Dachraum, urspr. Bj. um 1955, nach 1985 in Teilen modernisiert) und Garagen; Verkehrswert: 115.000,- EUR.

Weitere Informationen und Bilder unter www.hanmark.de ab 4 Wochen vor dem Termin.

Der Versteigerungsvermerk ist am 26. September 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Cochem, den 13. Juni 2018

- 14 K 38/17 - Das Amtsgericht

2821.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am **Donnerstag, dem 23. August 2018, 11.00 Uhr**, Raum 110, Sitzungssaal, Amtsgericht Daun, Berliner Straße 3, 54550 Daun, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Pelm Gemarkung Pelm Flur 19 Flurstück Nr. 59/15, Gebäude- und Freifläche, Mühlenweg 19, 614 m², Blatt 1462 BV 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Freistehendes, mit einem Sockelgeschoss vollunterkellertes, eingeschossiges Dreifamilienhaus mit zwei integrierten Pkw-Garagen und ausgebautem Dachgeschoss, massive Bauweise, Baujahr ca. 2003, nebst einer angebauten Pkw-Fertigarage; Baujahr ca. 2003; Verkehrswert: 284.000,- EUR.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de und www.zvg.com.

Der Versteigerungsvermerk ist am 28. April 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Daun, den 13. Juni 2018

- 7 K 15/17 - Das Amtsgericht

2822.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am **Montag, dem 17. September 2018, 11.00 Uhr**, Raum 116, Sitzungssaal, Amtsgericht Idar-Oberstein, Mainzer Straße 180, 55743 Idar-Oberstein, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Abentheuer Gemarkung Abentheuer Flur 8 Flurstück Nr. 49/7, Gebäude- und Freifläche, Hauptstraße 25A, 311 m², Blatt 817 BV 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Einfamilienhaus (Doppelhaushälfte), ausgebaut Dachgeschoss, ca. 93,41 m² Wohnfläche; Verkehrswert: 77.100,- EUR. Der Zuschlag wurde in einem früheren Versteigerungstermin aus den Gründen des § 74 a ZVG versagt mit der Folge, dass die Wertgrenzen weggefallen sind.

Der Versteigerungsvermerk ist am 28. November 2013 in das Grundbuch eingetragen worden.

Idar-Oberstein, den 11. Juni 2018

- 11 K 97/13 - Das Amtsgericht

2823.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am **Montag, dem 10. September 2018, 11.00 Uhr**, Raum 116, Sitzungssaal, Amtsgericht Idar-Oberstein, Mainzer Straße 180, 55743 Idar-Oberstein, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Frauenberg Gemarkung Frauenberg Flur 1 Flurstück Nr. 361/11, Gebäude- und Freifläche, Hauptstraße 16, 240 m², Blatt 568 BV 2. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): freistehendes, zweigeschossiges, nicht unterkellertes Einfamilienwohnhaus mit ausgebautem Dachgeschoss und Garage, ca. 109,06 m² Wohnfläche; Verkehrswert: 45.500,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 24. Januar 2018 in das Grundbuch eingetragen worden.

Idar-Oberstein, den 13. Juni 2018

- 11 K 4/18 - Das Amtsgericht

2824.

Im Wege der Zwangsversteigerung zum Zwecke der Aufhebung einer Gemeinschaft soll das im Grundbuch von Kaiserslautern Blatt 2506 eingetragene, nachstehend bezeichnete Erbbaurecht am **Dienstag, dem 23. Oktober 2018, 13.00 Uhr**, Sitzungssaal 15, Amtsgericht Kaiserslautern, Justizzentrum, Bahnhofstraße 24, 67655 Kaiserslautern, versteigert werden.

Erbbaurecht an dem Grundstück Flurstück 2527/9 der Gemarkung Kaiserslautern, Hof- und Gebäudefläche, Am Kalkofen 121, laut Verkehrswertgutachten Veilchenweg 15, zu 760 qm. Der Verkehrswert ist festgesetzt auf 51.500,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk wurde am 16. April 2018 in das Grundbuch eingetragen.

Weitere Informationen im Internet unter www.versteigerungspool.de.

Kaiserslautern, den 20. Juni 2018

- 2 K 33/18 - Das Amtsgericht

2825.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Mittwoch, dem 26. September 2018, 15.00 Uhr**, Raum 2, Sitzungssaal, Amtsgericht Kusel, Trierer Straße 71, 66869 Kusel, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Welchweiler lfd. Nr. 1 Gemarkung Welchweiler Flur/Flurstück Nr. 128/1, Erholungsfläche, Allmay, 300 m², Blatt 303 BV 3; lfd. Nr. 2 Gemarkung Welchweiler Flur/Flurstück Nr. 29/1, Erholungsfläche, Friedhofstraße, 140 m², Blatt 303 BV 5. Lfd. Nr. 1 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 135,- EUR. Lfd. Nr. 2 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 63,- EUR. Gesamtverkehrswert: 198,- EUR.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Der Versteigerungsvermerk ist am 22. März 2018 in das Grundbuch eingetragen worden.

Hinweis: Gemäß §§ 67 - 70 ZVG kann im Versteigerungstermin für ein Gebot Sicherheit verlangt werden. Die Sicherheit beträgt 10 % des Verkehrswertes und ist sofort zu leisten. Sicherheitsleistungen durch Barzahlung ist ausgeschlossen. Bietvollmachten müssen öffentlich beglaubigt sein.

Kusel, den 19. Juni 2018

- 1 K 11/18 - Das Amtsgericht

2826.

1. Der Termin vom 24. Juli 2018 wird aufgehoben.

2. Neuer Termin wird bestimmt wie folgt:

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 18. September 2018, 13.30 Uhr**, Raum 114, Sitzungssaal, Amtsgericht Lahnstein, Bahnhofstraße 25, 56112 Lahnstein, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Miehlen Gemarkung Miehlen Flur 29 Flurstück Nr. 45, Gebäude- und Freifläche, Haargasse 45, 1813 m², Blatt 2750 BV 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Das Grundstück ist bebaut mit einem Wohnhaus mit gewerblichen Nutzungsbereichen und Sporthalle. Verkehrswert: 350.000,- EUR.

Ansprechpartner des Gläubigers für Interessenten: Tel. 06431 2906516.

Der Versteigerungsvermerk ist am 5. Juni 2014 in das Grundbuch eingetragen worden.

Lahnstein, den 11. Juni 2018

- 6 K 11/14 - Das Amtsgericht

2827.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 28. August 2018, 10.00 Uhr**, Raum 517, Sitzungssaal, Amtsgericht Landau in der Pfalz, Marienring 13, 76829 Landau in der Pfalz, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Böbingen lfd. Nr. 1 Gemarkung Böbingen Flur/Flurstück 94, Gebäude- und Freifläche, Hauptstraße 95, 650 m², Blatt 957 BV 1; lfd. Nr. 2 Gemarkung Böbingen Flur/Flurstück 95, Landwirtschaftsfläche, Erholungsfläche, An der Hauptstraße, 1600 m², Blatt 957 BV 2. Lfd. Nr. 1 Flurstück 94: Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): laut Gutachten bebaut mit Wohn- und Geschäftshaus, Zwischenbau (anteilig vorn) und Laden (Rohbau); auf dem Grundstück befinden sich laut Gutachten ca. vier Pkw-Stellplätze; Objektadresse laut Gutachten: Hauptstraße 95,

67482 Böbingen; Verkehrswert: 674.000,- EUR. Lfd. Nr. 2 Flurstück 95: Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): laut Gutachten bebaut mit Zwischenbau (anteilig hinten) und Gewächshaus; Objektadresse laut Gutachten: Hauptstraße 95, 67482 Böbingen; Verkehrswert: 636.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 22. Juni 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Landau, den 11. Juni 2018

- 1 K 44/16 - Das Amtsgericht

2828.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Freitag, dem 21. September 2018, 10.15 Uhr**, Raum II, Sitzungssaal, Amtsgericht Landstuhl, Kaiserstraße 55, 66849 Landstuhl, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Bann 1/2 1.01 an lfd. Nr. 1 Gemarkung Bann Flur/Flurstück 156/21, Gebäude- und Freifläche, Gartengasse 5, 256 m², Blatt 1880 BV 1. Zusatz zu lfd. Nr. 1: 2/zu 1 Grunddienstbarkeit (Geh- und Fahrrecht) an den Grundstücken Flurstück Nr. 156/2, 156/3, 156/4, 156/8, 156/9; eingetragen im Grundbuch von Bann 1/2 1.02 an lfd. Nr. 2 Gemarkung Bann Flur/Flurstück 156/21, Gebäude- und Freifläche, Gartengasse 5, 256 m², Blatt 1880 BV 1. Zusatz zu lfd. Nr. 2: 2/zu 1 Grunddienstbarkeit (Geh- und Fahrrecht) an den Grundstücken Flurstück Nr. 156/2, 156/3, 156/4, 156/8, 156/9; eingetragen im Grundbuch von Bann 1/2 1.01 an lfd. Nr. 3 Gemarkung Bann Flur/Flurstück 100/152, Gebäude- und Freifläche, Gartengasse 5, 6 m², Blatt 1880 BV 3. Eingetragen im Grundbuch von Bann 1/2 1.02 an lfd. Nr. 4 Gemarkung Bann Flur/Flurstück 100/152, Gebäude- und Freifläche, Gartengasse 5, 6 m², Blatt 1880 BV 3. Lfd. Nr. 1 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 71.200,- EUR. Lfd. Nr. 2: Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 71.200,- EUR. Lfd. Nr. 3: Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 300,- EUR. Lfd. Nr. 4: Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 300,- EUR. Der Zuschlag wurde in einem früheren Versteigerungstermin aus den Gründen des § 74 a ZVG versagt mit der Folge, dass die Wertgrenzen weggefallen sind.

Der Versteigerungsvermerk ist am 14. Januar 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Landstuhl, den 5. Juni 2018

- K 3/16 - Das Amtsgericht

2829.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Mittwoch, dem 5. Dezember 2018, 10.00 Uhr**, Raum III, Sitzungssaal, Amtsgericht Linz am Rhein, Am Konvikt 10, 53545 Linz am Rhein, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Dattenberg lfd. Nr. 1 Gemarkung Dattenberg Flur 15 Flurstück Nr. 255/22, Gebäude- und Freifläche, Angstweg 4, 341 m², Blatt 2212 BV 19; lfd. Nr. 2 Gemarkung Dattenberg Flur 15 Flurstück Nr. 18/1, Gebäude- und Freifläche, Angstweg 4, 134 m², Blatt 2212 BV 24. Zusatz zu lfd. Nr. 1: - in Erbengemeinschaft -, Zusatz zu lfd. Nr. 2: - in Erbengemeinschaft -. Lfd. Nr. 1 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 103.170,- EUR. Lfd. Nr. 2 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Verkehrswert: 29.507,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 3. April 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Linz, den 23. Mai 2018

- 6 K 18/17 - Das Amtsgericht

2830.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Mittwoch, dem 21. November 2018, 10.00 Uhr**, Raum III, Sitzungssaal, Amtsgericht Linz am Rhein, Am Konvikt 10, 53545 Linz am Rhein, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Leutesdorf Gemarkung Leutesdorf Flur 16 Flurstück Nr. 653/3, Gebäude- und Freifläche, Haupt-Straße 23a, 88 m², Blatt 3749 BV 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Grundstück mit Wohngebäude bebaut; Verkehrswert: 56.400,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 31. Mai 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Linz, den 19. April 2018

- 6 K 23/17 - Das Amtsgericht

2831.

Im Wege der Zwangsvollstreckung auf Antrag des Insolvenzverwalters soll **am Donnerstag, dem 13. September 2018, 10.00 Uhr**, Raum XIII, Sitzungssaal, Amtsgericht Ludwigshafen am Rhein, Wittelsbachstraße 10, 67061 Ludwigshafen, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Ludwigshafen Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum ME-Anteil: 12/100, Sondereigentums-Art: Wohnung im Erdgeschoss sowie Kellerraum, SE-Nr. 2, Blatt 9389 BV 1; an Grundstück Gemarkung Ludwigshafen Flur/Flurstück 1556/14, Hof- und Gebäudefläche, Jakob-Binder-Straße 20, 177 m². Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): 2 ZKB im EG, ca. 43 qm Wohnfläche, Kellerraum, Bj. ca. 1910/12, Gebäude denkmalgeschützt; Verkehrswert: 53.000,- EUR.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Ansprechpartner des Gläubigers für Interessenten: Depré Rechtsanwalts AG, RA Dr. Popp, Tel.Nr. 0621 12078-25, AZ 226/17 W30 23/hb.

Der Versteigerungsvermerk ist am 5. April 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Ludwigshafen, den 12. Juni 2018

- 3 K 20/17 - Das Amtsgericht

2832.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Donnerstag, dem 27. September 2018, 14.00 Uhr**, Raum XIII, Sitzungssaal, Amtsgericht Ludwigshafen am Rhein, Wittelsbachstraße 10, 67061 Ludwigshafen, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Altrip Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum ME-Anteil: 18/100, Sondereigentums-Art: Räume im Erdgeschoss und Kellerraum, SE-Nr. 2, Sondernutzungsrecht an der Gartenfläche bezeichnet mit Nr. 2, Blatt 4948 BV 1; an Grundstück Gemarkung Altrip Flur/Flurstück 2234/2, Gebäude- und Freifläche, Goethestraße 21, 594 m². Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Wohnung im Erdgeschoss des Vorderhauses, bestehend aus 2 ZKB und Essdiele, Wfl. ca. 54 qm, Kellerraum vorhanden, Bj. unbekannt - ohne Gewähr -; Verkehrswert: 64.000,- EUR.

Weitere Informationen unter www.versteigerungspool.de.

Ansprechpartner des Gläubigers für Interessenten: Sparkasse Vorderpfalz, Herr Rühm, Tel.Nr. 0621 5992234.

Der Versteigerungsvermerk ist am 9. Oktober 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Ludwigshafen, den 19. Juni 2018

- 3 K 100/17 - Das Amtsgericht

2833.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Donnerstag, dem 27. September 2018, 14.30 Uhr**, Raum 16, Sitzungssaal, Amtsgericht Mainz, Diether-von-Isenburg-Straße, 55116 Mainz, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Hechtsheim Gemarkung Hechtsheim Flur 18 Flurstück Nr. 38/28, Gebäude- und Freifläche, Carl-Zeiss-Straße 22, 3286 m², Blatt 4249 BV 3. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Im Gewerbegebiet gelegene gewerbliche Halle nebst dreistöckigem Bürotrakt insgesamt ca. 2455 m² Nutzfläche; Baujahr ca. 1979/1980, Umbau/Erweiterung 1995 und 1998; die Photovoltaikanlage ist nicht Gegenstand der Zwangsversteigerung. Verkehrswert: 2.700.000,- EUR.

Weitere Informationen unter www.hanmark.de.

Ansprechpartner des Gläubigers für Interessenten: Avison Young, Berlin - Hr. Pahlitzsch 030 920320115.

Der Versteigerungsvermerk ist am 11. April 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Mainz, den 25. Mai 2018

- 260 K 65/16 - Das Amtsgericht

2834.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Donnerstag, dem 23. August 2018, 14.30 Uhr**, Raum 16, Sitzungssaal, Amtsgericht Mainz, Diether-von-Isenburg-Straße, 55116 Mainz, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Ebersheim Gemarkung Ebersheim Flur 2 Flurstück Nr. 283, Gebäude- und Freifläche, In der Effenspitze, 607 m², Blatt 3166 BV 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): zweigeschossiges Zweifamilienhaus mit Garage, Bj. ca. 1979, Umbau/Erweiterung ca. 1993, unterkellert, zwei Wohneinheiten (EG nicht abgeschlossen); es herrscht erheblicher Unterhaltungsstau. Verkehrswert: 476.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 21. Juli 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Mainz, den 15. Mai 2018

- 260 K 25/17 - Das Amtsgericht

2835.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll **am Dienstag, dem 28. August 2018, 14.30 Uhr**, Raum 16, Sitzungssaal, Amtsgericht Mainz, Diether-von-Isenburg-Straße, 55116 Mainz, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Gonsenheim Gemarkung Gonsenheim Flur 18 Flurstück Nr. 34, Gebäude- und Freifläche, Konrad-Kraus-Straße 1, 687 m², Blatt 22946 BV 1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): freistehendes Einfamilienhaus, ein Vollgeschoss, ausgebautes Dachgeschoss,

teilunterkellert, Wohnfläche ca. 205,68 m², Baujahr ca. 1950, Umbau ca. 2011, Garten, Kfz-Stellplatz im Freien. Verkehrswert: 740.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 16. August 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Mainz, den 30. Mai 2018

- 260 K 44/17 - Das Amtsgericht

2836.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Mittwoch, dem 29. August 2018, 10.00 Uhr**, Raum 12, Sitzungssaal, Amtsgericht Mayen, St. Veit-Straße 38, 56727 Mayen, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Kirchesch Gemarkung Kirchesch Flur 3 Flurstück Nr. 20, Gebäude- und Freifläche, Kirchstraße 20, 102 m², Blatt 751 BV 3. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Ein - nach äußerem Eindruck - stark sanierungsbedürftiges Gebäude. Hierbei handelt es sich um ein ehemaliges zweigeschossiges Wohngebäude der Jahrhundertwende um ca. 1900 (geschätzt) in massiver Bauweise (tlw. Basaltsteine sichtbar) mit einer Zwischendecke. Dieses Gebäude wird nach Angabe der Eigentümerseite seit sehr langer Zeit nicht mehr genutzt bzw. bewohnt. Verkehrswert: 5220,- EUR. Der Zuschlag wurde in einem früheren Versteigerungstermin aus den Gründen des § 85 a ZVG versagt mit der Folge, dass die Wertgrenzen weggefallen sind.

Der Versteigerungsvermerk ist am 8. Dezember 2014 in das Grundbuch eingetragen worden.

Mayen, den 6. Juni 2018

- 2 K 63/14 - Das Amtsgericht

2837.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll **am Mittwoch, dem 28. November 2018, 15.00 Uhr**, Raum 12, Sitzungssaal, Amtsgericht Mayen, St. Veit-Straße 38, 56727 Mayen, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Monreal. Der 1/4-Miteigentumsanteil der Erbengemeinschaft: 1/2.4 - 1/2.8 an lfd.Nr. 1 Gemarkung Monreal Flur 13 Flurstück Nr. 126/8, Landwirtschaftsfläche, Auf dem Todtberg, 23.720 m², Blatt 848 BV 12; Gemarkung Monreal Flur 13 Flurstück Nr. 126/8, Waldfläche, Auf dem Todtberg, 26.508 m², Blatt 848 BV 12; Gemarkung Monreal Flur 13 Flurstück Nr. 126/8, Landwirtschaftsfläche, Auf dem Todtberg, 2597 m², Blatt 848 BV 12; lfd. Nr. 2 Gemarkung Monreal Flur 13 Flurstück Nr. 126/9, Landwirtschaftsfläche, In den Brandwiesen, 6530 m², Blatt 848 BV 13; Gemarkung Monreal Flur 13 Flurstück Nr. 126/9, Waldfläche, In den Brandwiesen, 12.397 m², Blatt 848 BV 13. Es handelt sich um land- und forstwirtschaftliche Grundstücke, welche dem Flurbereinigungsverfahren Elztal II Monreal unterliegen. Nach Auskunft der Flurbereinigungsbehörde sind bei der Neuzuteilung Ausgleichszahlungen nicht zu erwarten. Allerdings fallen Flurbereinigungskosten in noch unbekannter Höhe an. lfd. Nr. 1 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Flurstück 126/8: Grünland (3009 m²)/Gehölz leicht geneigt und Mischwald mit 30 - 50 % Gefälle. Das Grünland wird als Wildacker genutzt. Verkehrswert: 7235,50 EUR. lfd. Nr. 2 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Flurstück 126/9: Mischwald mit 50 - 70 % Gefälle. Verkehrswert: 3102,25 EUR. Die Holzgewinnung ist im Mischwaldbereich beider Grundstücke infolge Steillage

und fehlender Erschließung stark eingeschränkt. Erheblicher Pflege- und Durchforstungsrückstau mit hohem Totholzanteil.

Der Versteigerungsvermerk ist am 1. Dezember 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Mayen, den 11. Juni 2018

- 2 K 65/17 - Das Amtsgericht

2838.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Montag, dem 3. September 2018, 10.30 Uhr**, Raum 235, Sitzungssaal, Amtsgericht Pirmasens, Bahnhofstraße 22 - 26, 66953 Pirmasens, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Lemberg lfd. Nr. 1 Gemarkung Lemberg Flur/Flurstück 2741/3, Erholungsfläche, Gebäude- und Freifläche, Verkehrsfläche, Am Laufstein 18, 801 m², Blatt 3498 BV 36; lfd. Nr. 2 Gemarkung Lemberg Flur/Flurstück 2741/4, Verkehrsfläche, Am Laufstein, 19 m², Blatt 3498 BV 36; lfd. Nr. 3 Gemarkung Lemberg Flur/Flurstück 2741/5, Erholungsfläche, Gebäude- und Freifläche, Verkehrsfläche, Am Laufstein 18, 799 m², Blatt 3498 BV 37; lfd. Nr. 4 Gemarkung Lemberg Flur/Flurstück 2741/6, Verkehrsfläche, Am Laufstein, 21 m², Blatt 3498 BV 37; lfd. Nr. 5 Gemarkung Lemberg Flur/Flurstück 2742/1, Erholungsfläche, Gebäude- und Freifläche, Am Laufstein 18, 1496 m², Blatt 3498 BV 38; lfd. Nr. 6 Gemarkung Lemberg Flur/Flurstück 2742/2, Verkehrsfläche, Am Laufstein, 34 m², Blatt 3498 BV 38; lfd. Nr. 7 Gemarkung Lemberg Flur/Flurstück 2743/1, Erholungsfläche, Gebäude- und Freifläche, Am Laufstein 18, 699 m², Blatt 3498 BV 39; lfd. Nr. 8 Gemarkung Lemberg Flur/Flurstück 2743/2, Verkehrsfläche, Am Laufstein, 21 m², Blatt 3498 BV 39; lfd. Nr. 9 Gemarkung Lemberg Flur/Flurstück 2744/1, Verkehrsfläche, Lusthübel, 5 m², Blatt 3498 BV 40; lfd. Nr. 10 Gemarkung Lemberg Flur/Flurstück 2744/3, Gebäude- und Freifläche, Verkehrsfläche, Am Laufstein 18, 656 m², Blatt 3498 BV 40; lfd. Nr. 11 Gemarkung Lemberg Flur/Flurstück 2744/4, Verkehrsfläche, Am Laufstein, 19 m², Blatt 3498 BV 40. Objektbeschreibung laut Sachverständigengutachten: wirtschaftliche Einheit bestehend aus mehreren grenzübergreifend bebauten Grundstücken sowie mehreren Verkehrsflächen; Bebauung mit freistehendem, massiv gebautem Vierfamilienhaus, eingeschossig auf der Westseite, zweigeschossig auf der Ostseite, unterkellert, mit Kelleraus- bau (Wohnung), Satteldach, Dachraum vollständig ausgebaut, besondere Bauteile: Balkone und (Dach-)Terrassen, Anbauten: einseitig angebaute Doppelgarage sowie eingeschossiges Nebengebäude (Lagergebäude), jeweils massiv gebaut und mit Flachdach, eingeschossiges Bürogebäude mit vollständig ausgebautem Dachraum, Massivbau, Walm- dach, Außenanlage mit Weg- und Hoffestigung, befestigten Stellplätzen, Terrasse, Stützmauer, Gartenanlagen und Pflanzungen sowie Einfriedung (Mauer, Zaun, Hecken); Baujahr 1953, Bauvollendung 1958, wohnlich nutzbare Fläche ca. 406 m² insgesamt, Fläche der Grundstücke insgesamt 4570 m²; Verkehrswert insgesamt: 305.000,- EUR.

Ansprechpartner des Gläubigers für Interessenten: Herr Uhardt, Sparkasse Südwestpfalz, Tel. 06331 5421220.

Der Versteigerungsvermerk ist am 1. April 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Pirmasens, den 25. Mai 2018

- 1 K 20/16 - Das Amtsgericht

2839.

Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll **am Dienstag, dem 21. August 2018, 10.15 Uhr**, Raum 27, Sitzungssaal, Amtsgericht Pirmasens, Bahnhofstraße 22 - 26, 66953 Pirmasens, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Busenberg Gemarkung Busenberg Flur/Flurstück 245/5, Gebäude- und Freifläche, Hauptstraße 12, 411 m², Blatt 358 BV 3. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): tatsächliche Grundstücksgröße ca. 340 m²; ca. 1963 errichtetes Zweifamilienhaus mit insgesamt ca. 133 m² Wohnfläche; die tatsächlichen Gegebenheiten weichen von den Planunterlagen des Bauamtes ab. Terrasse ohne Geländer. Wandbeläge sind teilweise entfernt; Kellerwände weisen Feuchtigkeit auf; ca. 21.000,- EUR Schadenbeseitigungsaufwand; Verkehrswert: 130.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 27. Juli 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Pirmasens, den 12. Juni 2018

- 2 K 45/17 - Das Amtsgericht

2840.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 11. September 2018, 10.00 Uhr**, Raum 27, Sitzungssaal, Amtsgericht Pirmasens, Bahnhofstraße 22 - 26, 66953 Pirmasens, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Höheinöd Gemarkung Höheinöd Flur/Flurstück 4594, Gebäude- und Freifläche, Kreuzstraße 17, 395 m², Blatt 1146 BV 4. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Ca. 1940 errichtetes Einfamilienhaus; unzuverlässiger Grundstückszuschnitt, Zugang zum Grundstück nur über Nachbargrundstück möglich - insoweit besteht kein grundbuchrechtlich gesichertes Geh- und Fahrrecht; Zimmer teilweise ohne Tageslicht; unzeitgemäße Raumaufteilung; Verdacht auf Schäden an Decken- und Dachkonstruktion. Verkehrswert: 49.700,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 26. Oktober 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Pirmasens, den 19. Juni 2018

- 2 K 67/17 - Das Amtsgericht

2841.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 11. September 2018, 11.00 Uhr**, Raum 27, Sitzungssaal, Amtsgericht Pirmasens, Bahnhofstraße 22 - 26, 66953 Pirmasens, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Eppenbrunn Gemarkung Eppenbrunn Flur/Flurstück 281/4, Gebäude- und Freifläche, Kalmereckstraße 22 c, 716 m², Blatt 1768 BV 4. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): unbebautes, baureifes Land in Hanglage. Im Verkehrswert sind ca. 25 % Abschlag für die Hanglage berücksichtigt. Verkehrswert: 26.300,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 29. Dezember 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Pirmasens, den 13. Juni 2018

- 2 K 105/17 - Das Amtsgericht

2842.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 11. September 2018, 11.00 Uhr**, Raum 27, Sitzungssaal, Amtsgericht

Pirmasens, Bahnhofstraße 22 - 26, 66953 Pirmasens, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Eppenbrunn Gemarkung Eppenbrunn Flur/Flurstück 281/5, Gebäude- und Freifläche, Kalmereckstraße 22 D, 729 m², Blatt 1768 BV 5. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): unbebautes, baureifes Land in Hanglage. Im Verkehrswert sind ca. 25 % Abschlag für die Hanglage berücksichtigt; Verkehrswert: 26.500,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 11. Januar 2018 in das Grundbuch eingetragen worden.

Pirmasens, den 13. Juni 2018

- 2 K 109/17 - Das Amtsgericht

2843.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 11. September 2018, 11.00 Uhr**, Raum 27, Sitzungssaal, Amtsgericht Pirmasens, Bahnhofstraße 22 - 26, 66953 Pirmasens, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Eppenbrunn Gemarkung Eppenbrunn Flur/Flurstück 281/6, Gebäude- und Freifläche, Kalmereckstraße 22 E, 745 m², Blatt 1768 BV 6. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): unbebautes, baureifes Land in Hanglage. Im Verkehrswert sind ca. 25 % Abschlag für die Hanglage berücksichtigt; Verkehrswert: 27.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 11. Januar 2018 in das Grundbuch eingetragen worden.

Pirmasens, den 13. Juni 2018

- 2 K 111/17 - Das Amtsgericht

2844.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Mittwoch, dem 5. September 2018, 14.00 Uhr**, Raum 23, Sitzungssaal, Amtsgericht Sinzig, Barbarossastraße 21, 53489 Sinzig, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Oberzissen lfd. Nr. 1 Gemarkung Oberzissen Flur 2 Flurstück Nr. 131/2, Gebäude- und Freifläche, Zum Marienköpfchen 14a, 254 m², Blatt 1590 BV 1; lfd. Nr. 2 Gemarkung Oberzissen Flur 2 Flurstück Nr. 131/8, Gebäude- und Freifläche, Zum Marienköpfchen, 13 m², Blatt 1590 BV 2; lfd. Nr. 3 Gemarkung Oberzissen Flur 2 Flurstück Nr. 131/13, Verkehrsfläche, Zum Marienköpfchen, 590 m², Blatt 1591 BV 1. Lfd. Nr. 3 betrifft lediglich die beiden 1/12-Anteile der Eigentümer; die übrigen Anteile werden von der Versteigerung nicht berührt. Lfd. Nr. 1: Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): das Grundstück ist mit einem Einfamilien-Reihenhaus bebaut und hat einen nahezu rechteckigen Zustand. Verkehrswert: 107.000,- EUR. Lfd. Nr. 2: Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): bei dem unbebauten Grundstück handelt es sich um einen mit Betonrasengittersteinen befestigten Pkw-Außenstellplatz und einen nahezu rechteckigen Zuschchnitt. Verkehrswert: 1100,- EUR. Lfd. Nr. 3: Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): unbebautes Grundstück, Zuwegung zum Wohnhaus-Grundstück (Flurstück 131/2) bzw. Stellplatzparzelle (Flurstück 131/8). Verkehrswert: 2100,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 7. März 2017 (BV Flur 2, Flurstück 131/2, BV 2 Flur 2, Flurstück 131/8) und 16. Oktober 2017 (BV 1

Flur 2, Flurstück Nr. 131/13) in das Grundbuch eingetragen worden.

Sinzig, den 11. Juni 2018

- 6 K 4/17 - Das Amtsgericht

2845.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Montag, dem 8. Oktober 2018, 14.00 Uhr**, Raum 23, Sitzungssaal, Amtsgericht Sinzig, Barbarossastraße 21, 53489 Sinzig, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Niederzissen Gemarkung Niederzissen Flur 9 Flurstück Nr. 65/3, Verkehrsfläche, Brohlthalstraße, 6 m², Blatt 4600 BV 2; Gemarkung Niederzissen Flur 9 Flurstück Nr. 65/4, Gebäude- und Freifläche, Brohlthalstraße 23, 131 m², Blatt 4600 BV 2. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Grundstück, bebaut mit einem 1943 errichteten Wohnhaus und einer Garage; Verkehrswert: 90.000,- EUR.

Der Versteigerungsvermerk ist am 17. Mai 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Sinzig, den 19. Juni 2018

- 6 K 23/17 - Das Amtsgericht

2846.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Donnerstag, dem 20. September 2018, 11.30 Uhr**, Raum 56, Sitzungssaal, Amtsgericht Trier, Justizstraße 2, 4, 6, 54290 Trier, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Hermeskeil Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum ME-Anteil 547,61/10.000stel Sondereigentumsart: Wohnung im EG nebst Abstellraum im Kellergeschoss jeweils im Aufteilungsplan mit Nr. 13 bezeichnet, Sondernutzungsrecht an dem im Plan mit Nr. 13 eingezeichneten Kfz-Stellplatz, ohne Sondernutzungsrecht an den im Plan mit Nr. 1 - 12, 14 - 18 eingezeichneten Kfz-Stellplätzen sowie an den über den Wohnungen Nr. 5, 6, 11, 12, 17, 18 befindlichen Teilen des Spitzbodens, Blatt 5169 BV 1 an Grundstück Gemarkung Hermeskeil Flur 40 Flurstück Nr. 14/8, Gebäude- und Freifläche, Zum Ringgraben 18, 20, 22, 2718 m² (Eigentumswohnung: 77 qm Wohnfläche). Verkehrswert: 14.700,- EUR. Der Zuschlag wurde in einem früheren Versteigerungstermin aus den Gründen des § 74 a ZVG versagt mit der Folge, dass die Wertgrenzen weggefallen sind.

Der Versteigerungsvermerk ist am 10. Januar 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Trier, den 11. Juni 2018

- 23 K 4/17 - Das Amtsgericht

2847.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll **am Dienstag, dem 14. August 2018, 15.15 Uhr**, Sitzungssaal 3, Amtsgericht Zweibrücken, Herzogstraße 2, 66482 Zweibrücken, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Rosenkopf Gemarkung Rosenkopf Flur/Flurstück 706/8, Gebäude- und Freifläche, Untere Hauptstraße, Am Hüttenwald 5, 660 m², Blatt 416 BV1. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Zweifamilienhaus, eingeschossig, unterkellert, ausgebautes Dachgeschoss, freistehend, mit Anbau (Wintergarten). Baujahr 1992 (gemäß Bauakte). Energieausweis liegt nicht vor. Bauschäden und Baumängel: Feuchtigkeitsschäden im Mauerwerk (Schimmelgeruch), Schimmelbefall (Ecke Waschraum), Fassade teilweise beschädigt

Staatsanzeiger

für das Land Rheinland-Pfalz

G 6436

Postvertriebsstück - Entgelt bezahltStaatskanzlei Rheinland-Pfalz
Postfach 3880, 55028 Mainz

(Putzabplatzungen), Risse in der Decke von Küche und WC im Erdgeschoss, Restfertigstellungsbedarf Bodenbeläge im Dachgeschoss, vermooste Dacheindeckung; Verkehrswert: 290.000,- EUR.

Weitere Informationen sind im Internet unter www.immobiliengpool.de zu finden.

Der Zuschlag wurde in einem früheren Versteigerungstermin aus den Gründen des § 85 a ZVG versagt mit der Folge, dass die Wertgrenzen weggefallen sind.

Der Versteigerungsvermerk ist am 10. Juli 2014 in das Grundbuch eingetragen worden.

Zweibrücken, den 12. Juni 2018

- K 26/14 -

Das Amtsgericht

2848.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am **Dienstag, dem 14. August 2018, 14.00 Uhr**, Sitzungssaal 3, Amtsgericht Zweibrücken, Herzogstraße 2, 66482 Zweibrücken, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Wiesbach Miteigentumsanteil verbunden mit Sondereigentum ME-Anteil: 41/1000, Sondereigentums-Art an der Wohnung im Keller-, Erd- und Obergeschoss einschl. 2 Balkone bezeichnet mit Nr. 3 lt. Aufteilungsplan. Für jeden Miteigentumsanteil ist ein besonderes Grundbuch angelegt (Bl. 861 - 863). Der hier eingetragene Miteigentumsanteil ist durch die zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt. Sondernutzungsrechte sind vereinbart, Blatt 863 BV 1; an Grundstück Gemarkung Wiesbach Flur/Flurstück 165/4, Gebäude- und Freifläche, Schulstraße 21, 23, 25, 4764 m²; Gemarkung Wiesbach Flur/Flurstück 165/5, Gebäude- und Freifläche, Landwirtschaftsfläche, Schulstraße, 2483 m². Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Eigentumswohnung (Wohnung Nr. 3 im Keller-, Erd- und Obergeschoss nebst 2 Balkonen; Anschrift: Schulstraße 21) in einem 2-geschossigen Einfamilienhaus, welches auf einem Wohn- und Gewerbegrundstück gebaut wurde. Sondernutzungsrechte am Garten sind vereinbart. Das Grundstück ist mit zwei Wohnhäusern und einer Gewerbehalle bebaut. Das teilunterkellerte Wohnhaus, in dem sich die zu bewertende Wohnung befindet, wurde ca. 1930 (Keller- und Erdge-

schoß) in massiver Bauweise errichtet und ca. 1953 aufgestockt. Der Ausbau der Scheune zu Wohnraum erfolgte ca. 1966, Modernisierungen fanden in späteren Jahren statt. Der bauliche Zustand ist befriedigend. Es besteht ein mittlerer Unterhaltungszustand. Verkehrswert: 100.000,- EUR.

Weitere Informationen sind im Internet unter www.immobiliengpool.de zu finden.

Der Zuschlag wurde in einem früheren Versteigerungstermin aus den Gründen des § 85 a ZVG versagt mit der Folge, dass die Wertgrenzen weggefallen sind.

Der Versteigerungsvermerk ist am 18. Juli 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Zweibrücken, den 12. Juni 2018

- K 17/16 -

Das Amtsgericht

2849.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am **Freitag, dem 31. August 2018, 9.00 Uhr**, Sitzungssaal 2, Amtsgericht Zweibrücken, Herzogstraße 2, 66482 Zweibrücken, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Eingetragen im Grundbuch von Kleinbundenbach Gemarkung Kleinbundenbach Flur/Flurstück 12/3, Erholungsfläche, Gebäude- und Freifläche, Hauptstraße 19, 2515 m², Blatt 468 BV 2. Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Grundstück, bebaut mit einem ehemaligen Bauernhaus, Bj. ca. 1890, ab ca. 2002 und Folgejahren teilweise renoviert; derzeit genutzt als Wohnhaus und Ladengeschäft (Friseursalon, Erdgeschoss); 1 angebaute Scheune, 2 weitere Scheunen und 1 Garagengebäude mit angebauter Stallung; Dachgeschoss tlw. ausgebaut; kein Energieausweis; Heizung: Wärmepumpe, Bj. 2002; befriedigender baulicher Zustand; Verkehrswert: 161.000,- EUR.

Weitere Informationen sind im Internet unter www.immobiliengpool.de zu finden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 7. November 2016 in das Grundbuch eingetragen worden.

Zweibrücken, den 7. Juni 2018

- 1 K 28/16 -

Das Amtsgericht

2850.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am **Dienstag, dem 21. August 2018, 14.00 Uhr**, Sitzungssaal 3, Amtsgericht Zweibrücken, Herzogstraße 2, 66482 Zweibrücken, öffentlich versteigert werden.

Grundbucheintragung: Alle nachstehenden Grundstücke/Miteigentumsanteile sind eingetragen im Grundbuch von Wiesbach 1/2-Anteil Eigentümer 1 an lfd. Nr. 1 Gemarkung Wiesbach Flur/Flurstück 193, Erholungsfläche, Schulstraße 1, 250 m², Blatt 657 BV 10; 1/2-Anteil Eigentümer 2 an lfd. Nr. 2 Gemarkung Wiesbach Flur/Flurstück 193, Erholungsfläche, Schulstraße 1, 250 m², Blatt 657 BV 10; 1/2-Anteil Eigentümer 1 an lfd. Nr. 3 Gemarkung Wiesbach Flur/Flurstück 190/1, Gebäude- und Freifläche, Schulstraße 1, 382 m², Blatt 657 BV 9; 1/2-Anteil Eigentümer 2 an lfd. Nr. 4 Gemarkung Wiesbach Flur/Flurstück 190/1, Gebäude- und Freifläche, Schulstraße 1, 382 m², Blatt 657 BV 9. Lfd. Nr. 1 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Gartengrundstück; Verkehrswert: 4750,- EUR. Lfd. Nr. 2 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Gartengrundstück; Verkehrswert: 4750,- EUR. Lfd. Nr. 3 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Grundstück, bebaut mit einem freistehenden, zweigeschossigen Einfamilienhaus in Massivbauweise, Bj. ca. 1906 und Scheune mit integrierter Garage sowie einem weiteren Nebengebäude; Aufstockung ca. 1956; Wohnfläche ca. 154 m²; kein Energieausweis. Das Wohnhaus ist im Obergeschoss teilweise im Rohbauzustand; Verkehrswert: 29.100,- EUR. Lfd. Nr. 4 Objektbeschreibung/Lage (lt. Angabe d. Sachverständigen): Grundstück, bebaut mit einem freistehenden, zweigeschossigen Einfamilienhaus in Massivbauweise, Bj. ca. 1906 und Scheune mit integrierter Garage sowie einem weiteren Nebengebäude; Aufstockung ca. 1956; Wohnfläche ca. 154 m²; kein Energieausweis. Das Wohnhaus ist im Obergeschoss teilweise im Rohbauzustand; Verkehrswert: 29.100,- EUR.

Weitere Informationen sind im Internet unter www.immobiliengpool.de zu finden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 6. Dezember 2017 in das Grundbuch eingetragen worden.

Zweibrücken, den 12. Juni 2018

- 1 K 26/17 -

Das Amtsgericht